



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Liebe Bürger*innen, liebe Wähler*innen,

Im Juni 2024 werdet ihr eine grundlegende Entscheidung treffen. Ihr werdet die Zukunft unserer Gesellschaften und unseres Planeten bestimmen. Eure Stimmen werden darüber entscheiden, welche Richtung die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren einschlagen wird.

Was auf dem Spiel steht, ist lebenswichtig. Euer Votum wird darüber entscheiden, ob wir gemeinsam handeln, um unsere Lebensqualität zu verbessern, die Rechte und Freiheiten zu schützen, die uns wichtig sind, und Europa zu einer Kraft für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zu machen. Dies ist ein entscheidender Moment – ein Scheideweg, der unsere Zukunft bestimmen wird.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam viel durchgemacht.

Die jungen Menschen, die dafür gekämpft haben, dass die Klimakrise auf die Tagesordnung kommt, haben die tragische Pandemie miterlebt. Ihre Solidarität mit der gesamten Gesellschaft beraubte sie entscheidender Ausbildungsjahre und ihrer ersten beruflichen Erfahrungen, obwohl sie wussten, dass eine schwierige Zukunft vor ihnen lag.

Rentner*innen und Familien hatten Mühe, ihre Wohnungen zu heizen, nachdem Putins Angriff die Ukraine in den Krieg und Europa in eine Energiekrise gestürzt hatte.

Frauen, LGBTI-Gemeinschaften und rassifizierte Gruppen waren die Hauptleidtragenden der zunehmenden Beschneidungen von Rechten durch viele europäische Regierungen, die sich nicht nur nach rechts, sondern nach ganz rechts orientierten.

Währenddessen stiegen die unkalkulierbaren Kosten unzureichender Klimaaktionspläne weiter an.

In solchen Zeiten fühlen sich viele von uns unsicher, wenn wir an unser gegenwärtiges Leben und die Zukunft denken.

Die extreme Rechte nutzt diese Ängste, um zu versuchen, uns in die Vergangenheit zurückzusetzen. Sie verbreitet Hass und macht Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, zu Sündenböcken. Ihre Lösungen sind falsche Lösungen. Die Ohnmacht, die viele von uns empfinden, lässt sich nicht bekämpfen, indem man Feindseligkeit predigt, sondern indem man zuhört und im Gegenteil Mut macht.

Die Klimakrise ist für unsere Generation die Herausforderung schlechthin. Mit dem Aufbau einer grüneren Gesellschaft wollen wir auch eine Antwort auf die Ungerechtigkeit und Ungleichheit geben, die unsere Gesellschaften polarisieren. Im Gegensatz zu den Konservativen und zur extremen Rechten, die die vor uns liegenden Probleme hinauszögern und leugnen wollen, handeln wir mit der gebotenen Dringlichkeit unserer Zeit.

Die Last der Untätigkeit wird von Tag zu Tag schwerer: Obwohl wir inzwischen wissen, dass die erneuerbaren Energien die Energiekosten senken, zahlen wir weiterhin den Preis für teure fossile Energie.

Obwohl wir inzwischen die Auswirkungen der giftigen Umweltverschmutzung auf unseren Körper kennen, werden saubere Luft und eine sichere Umwelt weiterhin verhindert.

Obwohl wir inzwischen wissen, dass gesunde Nahrungsmittel für alle zugänglich sein müssen, bleiben sie ein Luxus, der nur wenigen vorbehalten ist.

Obwohl wir Brände und Überschwemmungen erleben, heizt sich das Klima weiter auf, und die Ökosysteme stehen am Rande des Zusammenbruchs.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Bei uns hört das Schlafwandeln auf. Wir entscheiden uns für echten Wandel.

Es darf nicht als unvermeidlich hingenommen werden, von einer Krise in die nächste zu stolpern.

Es gibt Lösungen. Wir brauchen nur den Mut, das Nötige zu tun.

Deshalb halten wir inmitten von Ungewissheit und Angst die Fahne der Hoffnung und Entschlossenheit hoch.

Um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, braucht Europa einen Grünen und Sozialen Deal.

Wir entscheiden uns für Ehrgeiz. Unser Grüner und Sozialer Deal geht die Klima- und Umweltkrise als den Notfall an, der sie ist. Wir wollen die Milliarden, die in Subventionen für fossile Brennstoffe fließen, in erneuerbare Energien, die Natur und die biologische Vielfalt investieren. Wir wollen öffentliche Gelder einsetzen, um eine gesündere Umwelt für uns und eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu schaffen.

Wir entscheiden uns für ein sichereres Leben. Mit unserem Grünen und Sozialen Deal wollen wir die Lebenskostenkrise bekämpfen, indem wir in die lebensnotwendigen Dinge investieren, die wir alle brauchen, und in die öffentlichen Dienste, die wir alle verdienen. Wir wollen in erschwinglichen Wohnraum investieren, um die Mieten zu senken, in die Renovierung von Häusern, um die Energierechnungen zu senken, und in öffentliche Verkehrsmittel, um das Pendeln erschwinglicher zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass euer Leben durch einfache und kluge Investitionen in die öffentlichen Dienste von Tag zu Tag wesentlich billiger werden kann.

Wir entscheiden uns für Wohlstand. Unser Grüner und Sozialer Deal soll eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft aufbauen und Millionen von grünen Arbeitsplätzen an der Spitze der Industrie schaffen. Wir schlagen einen umfassenden Investitionsplan vor, um grüne Branchen und Infrastrukturen in der gesamten Europäischen Union zu finanzieren. Die grüne Transformation ist nicht abstrakt, sie steht für neue Eisenbahnlinien, neue Fabriken, neue Gelegenheiten für euch und eure Gemeinschaften.

Unser Grüner und Sozialer Deal geht Hand in Hand mit einem integrativen und demokratischen Europa, das die Rechte aller schützt.

Wir entscheiden uns für Freiheit. Wir kämpfen für ein Europa der Demokratie, des Feminismus und der Menschenrechte. Europa ist unser Schutzschild. Es muss Gesetze erlassen, um die Grundrechte zu wahren und die Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Wir wollen nicht ruhen, bis jede und jeder in Europa in voller Selbstbestimmung leben kann.

Europa ist keine Insel. Unser Projekt für die EU ist untrennbar mit unserem Engagement verbunden, auf internationaler Ebene für Sicherheit, Frieden und globale Gerechtigkeit zu sorgen.

Wir entscheiden uns für Offenheit. Wir arbeiten in Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen unermüdlich daran, eine gerechtere Welt zu schaffen. Wir stehen der Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit zur Seite. Wir wollen die Ursachen von Konflikten und Ungerechtigkeit an der Wurzel packen und den Einfluss und die Ressourcen der EU nutzen, um einen Globalen Grünen Deal auf den Weg zu bringen. Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch überall eine sichere und blühende Zukunft verdient.

Gemeinsam können wir dies erreichen.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Die Familie der Grünen ist größer als je zuvor. Sie ist vielfältiger, weiter verbreitet und in ganz Europa vertreten. Grüne sitzen in Ministerien von Lettland bis Spanien und in Rathäusern von Zagreb bis Lyon. Wir leisten jeden Tag etwas. Wir entwickeln Lösungen. Wir verbessern das Leben und schützen unser Klima und unsere Umwelt.

Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun. Es ist an der Zeit, die nächste Mehrheit im Europäischen Parlament zu gestalten. Die Zeit ist reif für Fortschritt und Handeln. Wir können eine gerechtere Gesellschaft und eine lebenswerte Zukunft für unseren Planeten schaffen.

Wir bieten eine Alternative für Europa. Ihr könnt nicht nur zwischen dem gescheiterten Status quo und einem rechtsextremen Gegenschlag wählen. Ihr könnt euch für Hoffnung entscheiden.

Entscheidet euch für einen Grünen und Sozialen Deal.

Entscheidet euch für Grundrechte und Demokratie.

Entscheidet euch für Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit.

Nur eine starke europäische, grüne Stimme wird uns dorthin bringen. Nur die Grünen stellen ehrgeizige Klimaschutzziele, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Grundrechte und der Demokratie in den Mittelpunkt der Europäischen Union.

Die Geschichte zeigt, dass Europa alles erreichen kann, wenn es sich mobilisiert. Unser politischer Ansatz ist einfach und wird von Bürger*innen und Bewegungen unterstützt: Wir bieten Lösungen für heute, die ein besseres Morgen ermöglichen.

Wir sind bereit und überzeugt, dass auch ihr bereit seid. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Europa Wirklichkeit wird.

Wählt Grün.



KAPITEL I: DER MUT, DEN PLANETEN UND DIE MENSCHEN AN DIE ERSTE STELLE ZU SETZEN – UNSER GRÜNER UND SOZIALER DEAL FÜR EUROPA

Marias Stromrechnung war noch nie so hoch wie im letzten Winter. Als Alleinverdienende, die zwei Kinder zu ernähren hat, fiel es ihr schwer, sie zu bezahlen. Obwohl sie hart arbeitete – eigentlich viel zu hart – reichte es am Ende des Monats nie.

Allein hätte sie sich nicht allein aus dieser Situation befreien können – aber sie war nicht allein. Die Stadtverwaltung eröffnete endlich die seit Jahren versprochene städtische Kinderbetreuungseinrichtung. Dann erhielt Maria einen Zuschuss aus dem Grünen und Sozialen Deal und renovierte ihr zugiges Haus. Dank der neuen Buslinie verbrauchte sie jede Woche nur noch halb so viel Benzin.

Es hat sich herausgestellt, dass wir unsere Alltagsprobleme gemeinsam lösen können, wenn die Gesellschaft sie als Probleme aller betrachtet. Mit unserem Grünen und Sozialen Deal können wir gemeinsam ein Leben wie das von Maria – wie das unsere – in ein sichereres, glücklicheres und gesünderes Leben verwandeln, mit günstigeren Energierechnungen, gesunden Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen und sauberer Luft in unseren Städten und Ballungsgebieten.

Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Das vergangene Jahr war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Zustand des Planeten ist ein Notfall. Die durch die Klimakrise verursachten Schäden an Leben und Existenzgrundlagen – überschwemmte Häuser und ruinierte landwirtschaftliche Betriebe – werden von Jahr zu Jahr größer.

Wir hören die dringenden Forderungen von Wissenschaftlern und Aktivisten. Die Tiere und Ökosysteme, von denen Rekordzahlen aussterben und zugrunde gehen, können nicht warten.

Klimaaktionspläne, die jetzt umgesetzt werden, kommen der gesamten Gesellschaft zugute und werden unser Leben in den kommenden Jahren erschwinglicher und angenehmer machen. Sie stellen die Natur, die uns umgibt, unter Schutz.

Untätigkeit kommt nur den Reichsten zugute, die von fossilen Brennstoffen profitieren, während die Ärmsten in unserer Gesellschaft die Kosten tragen müssen.

Der Lebensstandard der Menschen in Europa wurde in den letzten Jahren stark beeinträchtigt. Die Lebenshaltungskosten steigen und zwingen Millionen in die Unsicherheit, wobei die Schwächsten den höchsten Preis zahlen.

Wachsende Ungleichheiten und brennende wirtschaftliche Ungerechtigkeit sind nicht neu. Jahrzehntlang haben die Superreichen so gut wie keine Steuern gezahlt, während die öffentlichen Dienstleistungen gekürzt wurden.

Die Arbeitsplätze sind unsicherer geworden, und zu viele Menschen mussten ihren Heimatort verlassen, um eine anständige Arbeit zu finden.

Nichts davon muss normal sein. Nichts davon ist unvermeidlich.

Wir haben den Mut, das Nötige zu tun.

Es handelt sich um unsere Probleme, und wir müssen sie jetzt lösen. Wir verschieben sie nicht auf die nächste Generation.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Um die Krise der Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Ungleichheit zu bekämpfen und gleichzeitig das Klima zu schützen und die Natur wiederherzustellen, sind Investitionen erforderlich. Deshalb schlagen wir einen umfassenden Investitionsplan für Europa vor: den Grünen und Sozialen Deal.

Wir wollen neue grüne Infrastrukturen aufbauen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen finanzieren. Diese wirtschaftliche Chance wird neue Arbeitsplätze und Branchen schaffen.

Alles, was wir vorschlagen, verbindet die Verbesserung der Lebensqualität mit dem Schutz des Klimas und der Umwelt.

Wir wollen, dass giftige Luftverschmutzung und verschwenderische Subventionen für fossile Brennstoffe der Vergangenheit angehören. Steueroasen für wenige haben in Europa und anderswo nichts zu suchen.

Wir kämpfen für erschwinglichen Wohnraum, erneuerbare Energien und gesunde Nahrungsmittel für alle und wollen ein stabiles Klima und eine intakte Natur unter Schutz stellen.

Der Grüne und Soziale Deal ist unser Plan für ein grüneres, gesünderes Europa, in dem das Leben sicher, florierend und voller Chancen ist.



SCHUTZ DES KLIMAS UND DER UMWELT

Unser Grüner und Sozialer Deal ist wegweisend in Sachen Klima- und Umweltgerechtigkeit. Die Klima- und Umweltpolitik der EU gibt das Tempo und den Ehrgeiz der Maßnahmen in ganz Europa und darüber hinaus vor. Vieles ist in Bewegung gesetzt worden, wir sind auf dem Weg zur grünen Transformation. Jetzt stellt sich die Frage, wie es möglich ist, die dringend benötigten Maßnahmen zu beschleunigen und gleichzeitig den Lebensstandard, insbesondere den der Schwächsten, zu schützen.

Unsere Gesellschaften können nur dann gesund und sicher sein, wenn wir die planetarischen Grenzen respektieren. Wir sind bereits mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert: mehr extreme Wetterereignisse wie Stürme, Dürren und Überschwemmungen, steigende Meeresspiegel, Wüstenbildung und das Abschmelzen des arktischen Eises und der Gletscher. Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. Die Zukunft unseres Planeten und unserer relativ friedlichen und wohlhabenden Gesellschaften hängt davon ab, dass wir jetzt handeln. Der Schutz des Klimas und der Umwelt ist gleichbedeutend mit dem Schutz der Menschen.

Die grüne Transformation zu einem sozial gerechten und klimaneutralen Europa ist ein Versprechen auf Wohlstand. Wir arbeiten auf ein besseres Lebensumfeld und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze im Herzen unserer Volkswirtschaften hin. Anstatt an Autokratien Milliarden für fossile Brennstoffe zu zahlen, die in Drittländern gefördert und raffiniert werden, können wir dieses Geld für die Produktion erneuerbarer Energien verwenden, Geld und Arbeitsplätze in Europa halten und in eine bessere Zukunft investieren.

DEN KLIMANOTSTAND ANGEHEN

Wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte. Europa muss sich der großen Dringlichkeit der Klimakrise stellen und seine Emissionen im Einklang mit den wissenschaftlichen Empfehlungen so schnell wie möglich reduzieren, um eine möglichst lebenswerte Zukunft für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu sichern. Die EU muss in der Klimapolitik weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn wir eine lebenswerte Zukunft für unseren Planeten sichern und der zunehmenden Zahl von Überschwemmungen, Bränden und Dürren in der EU und weltweit Einhalt gebieten wollen. Gleichzeitig stärken Investitionen in eine saubere europäische Wirtschaft und die rasche Verringerung unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen unsere Wirtschaft, Widerstandsfähigkeit und Sicherheit.

Unsere Arbeit im Europäischen Parlament und der Druck der Klimabewegung haben dazu beigetragen, dass der Europäische Grüne Deal Wirklichkeit geworden ist. Wir müssen weiterhin die Bereiche stärken, in denen Kompromisse Lücken und Schlupflöcher hinterlassen haben, und müssen anspruchsvoller werden. In den letzten Jahren haben Skeptiker*innen, Lobbyist*innen, Konservative und Populist*innen versucht, die grüne Transformation zu bremsen und Wissenschaft und Fortschritt durch Fehlinformationen, ineffiziente Maßnahmen und die fortgesetzte Abhängigkeit von fossilen Energien zu ersetzen.

Wir begrüßen die jüngsten Fortschritte, drängen aber weiterhin auf mehr Ehrgeiz und die vollständige Umsetzung der bereits auf den Weg gebrachten Pläne. Um der Klima- und Umweltkrise Rechnung zu tragen, drängen wir darauf, das Recht auf eine gesunde und saubere Umwelt in die Charta der Grundrechte aufzunehmen, die für alle EU-Bürger*innen unmittelbar gelten muss.

Europa kann und muss Schritte unternehmen, um über eine 55%ige Emissionsreduktion bis 2030 hinauszugehen und bis 2040 vollständige Klimaneutralität zu erreichen. Diese Ziele müssen in einem überarbeiteten EU-Klimagesetz festgeschrieben werden. Wir dürfen uns nicht auf falsche Lösungen wie Geoengineering verlassen, um unsere Klimaziele zu erreichen.



EINE TRANSFORMATION AUF DER GRUNDLAGE ERNEUERBARER ENERGIE

Wir wollen die EU dazu drängen, ein Energiesystem für alle aufzubauen, das vollständig auf erneuerbaren Energien basiert und den Kontinent verbindet und mit Energie versorgt. Erneuerbare Energien sind der wirtschaftliche Schlüssel zur Zukunft. Erneuerbare Energien sind billiger und sicherer als jede andere Energiequelle und haben der EU-Wirtschaft zwischen 2021 und 2023 geholfen, 100 Milliarden Euro einzusparen und die Energierechnungen der Haushalte zu senken.

Wir wollen unser Energiesystem so umgestalten, dass es zu 100% auf Sonnen-, Wasser-, Wind- und Erdwärmeenergie basiert, und bis 2040 aus der fossilen Energieversorgung aussteigen. Nur erneuerbare Energien können einen bewohnbaren Planeten, geopolitische Unabhängigkeit von Autokrat*innen und ein widerstandsfähiges und demokratisch verwaltetes Energiesystem gewährleisten.

Wir wollen die Bürger*innen in den Mittelpunkt der Energiewende stellen und das derzeitige zentralisierte System durch ein hocheffizientes, intelligentes und demokratisches Energiesystem ersetzen, das den Menschen, der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und dem Planeten Vorrang einräumt. Die Bürger*innen müssen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden, zum Beispiel über die Standorte von Energieprojekten. Energieprojekte müssen so entwickelt werden, dass ihre Auswirkungen auf die Natur möglichst gering sind. Wir befürworten die Beteiligung der Gemeinden an Projekten für erneuerbare Energien, da die Bürger*innen dadurch direkte Entscheidungsbefugnisse erhalten.

Wir wollen Solarpanels auf allen geeigneten Dächern und lokale Lösungen wie Fernwärmesysteme, Energiespeicherung, Aufladen von Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen fördern. Außerdem müssen wir die Entwicklung eines robusten Stromnetzes mit verbesserter Konnektivität und Notstromversorgung beschleunigen, um eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten – auch wenn die Sonne nicht scheint oder kein Wind weht.

Die Lösung der Klimakrise wird Millionen von Arbeitsplätzen in Sektoren wie erneuerbare Energien, Bauwesen, Industrie und Verkehr schaffen. Die „startklaren“ Projekte, die wir umgehend auf den Weg bringen würden, bedeuten kurz- und mittelfristig 2 Millionen Arbeitsplätze und langfristig bis zu 10 Millionen.

AUSSTIEG AUS FOSSILEN BRENNSTOFFEN IN EUROPA

Die EU muss bis 2040 aus allen fossilen Brennstoffen aussteigen, angefangen mit der Kohle bis 2030. Sie braucht einen klaren Plan für den vollständigen Ausstieg aus fossilem Gas und Öl bereits ab 2035 und spätestens ab 2040.

Wir unterstützen die massive und beschleunigte Elektrifizierung in allen Sektoren und wollen bezahlbare Energie für alle sicherstellen. Wir müssen die Entwicklung von kostengünstiger Elektromobilität und Ladeinfrastruktur unterstützen.

Für das Klima ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir in Privathaushalten und in der Industrie so schnell wie möglich zum Heizen und Kühlen mit erneuerbaren Energien übergehen (z. B. Wärmepumpen, Fernwärme, Abwärme, Geothermie – und, falls erforderlich, nachhaltig gewonnenes Holz und Abfallbiomasse). Wir wollen denjenigen helfen, die sich die Anfangsinvestitionen nicht leisten können, um die Transformation zu bewältigen und die langfristigen Vorteile zu nutzen.

Vorgeschlagene Alternativen wie grüner Wasserstoff sind sowohl für die Verbraucher*innen als auch für die Industrie mit höheren Risiken und Kosten verbunden. Sie müssen der Reserve im Stromnetz, der Schwerindustrie, der Langstreckenschifffahrt und Flügen vorbehalten sein, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist.



Europa braucht einen Plan zur schrittweisen Abschaffung aller Subventionen für fossile Brennstoffe bis spätestens 2025 und aller anderen umweltschädlichen Subventionen bis spätestens 2027. Die Milliarden von Euro aus den Subventionen für fossile Brennstoffe müssen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen fließen. Wo immer dies möglich ist, dürfen keine öffentlichen Gelder der EU oder der Mitgliedstaaten in Infrastrukturen fließen, die uns in einem fossilen System festhalten oder die Elektrifizierung mit erneuerbaren Energien behindern. Wirtschaftliche Anreize oder Ausnahmeregelungen für Luxusemissionen haben keinen Platz in einer gerechten Transformation.

Energiesparmaßnahmen zur Verringerung der Nachfrage sind unerlässlich. Die Konzentration auf Nachfragereduzierung und Effizienz bedeutet, dass wir weniger Energie verbrauchen und weniger Energie benötigen – das macht es einfacher, unser Energiesystem umweltfreundlicher zu gestalten. Die in den jüngsten EU-Rechtsvorschriften festgelegten Energieeffizienzmaßnahmen, wie die Einführung des Prinzips „Energieeffizienz an erster Stelle“, sind ein großer Erfolg.

Eine Nachfragereduzierung muss auch durch Anreize für Verhaltensänderungen, Lebensstil und kollektive Organisation im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit erreicht werden. Im Verkehrssektor würden beispielsweise der Verzicht auf Kurzstreckenflüge, wenn es vernünftige Bahnalternativen gibt, die Begrenzung des Gewichts von Privatfahrzeugen oder der Ausbau einer hochwertigen Bahn- und Fahrradinfrastruktur zu einer Verringerung der Energienachfrage führen.

ANPASSUNG EUROPAS AN EINEN ÜBERHITZTEN PLANETEN

Jahrzehntelange Leugnung und Verzögerung des Klimawandels haben dazu geführt, dass wir extremen Wetterereignissen ausgesetzt sind, und die zunehmende Gegenreaktion der Klimawandelleugner*innen wird die Situation noch verschlimmern. Überschwemmungen und Brände haben Häuser und Unternehmen zerstört, während Hitzewellen Menschenleben in Wohnungen und an Arbeitsplätzen gefährden.

Um Menschen und Orte weniger anfällig für Klimaauswirkungen zu machen, wollen wir ein Klimaanpassungsgesetz einführen, das auf ökosystembasierten Lösungen beruht.

Bemühungen zur Wiederherstellung der Natur und zur Anpassung an den Klimawandel werden durch die Revitalisierung von Flüssen und Überschwemmungsgebieten den Wasserrückhalt in ländlichen und städtischen Gebieten wiederherstellen. Um die Schlüsselrolle des Wassers anzuerkennen, muss ein integrierter Ansatz das Thema Wasser in alle relevanten EU-Politiken einbeziehen.

Die grüne Transformation muss Hand in Hand mit einer starken Kohäsionspolitik gehen, damit alle Regionen Europas davon profitieren. Unser erweiterter EU-Solidaritätsfonds wird sich auf die Klimaanpassung und die Vorsorge für Naturkatastrophen konzentrieren. Eine zweckgebundene und direkte Finanzierung von Klimaaktionsplänen durch die EU kann den haushaltspolitischen und politischen Druck auf Städte und Gemeinden verringern und es ermöglichen, die Transformation auf lokaler Ebene zu gestalten und zu führen, unabhängig davon, wer auf nationaler Ebene im Amt ist.

Auf der Grundlage des Prinzips der europäischen Solidarität wollen wir einen Europäischen Fonds für Naturkatastrophen einrichten. Außerdem wollen wir die europäische Feuerwehrflotte ausbauen und kofinanzieren, einschließlich eines Pools von qualifiziertem professionellem und freiwilligem Personal, Feuerwehrausrüstung, Anlagegütern und Löschflugzeugen sowie einer Echtzeitüberwachung und eines Notfallkoordinierungszentrums. Die Stärkung des Katastrophenschutzes wird Europa widerstandsfähiger gegen Klimakatastrophen machen.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

SCHADSTOFFFREIHEIT BEDEUTET GESUNDHEIT

Eine schadstofffreie Europäische Union mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung ist ein wesentlich gesünderer Ort zum Leben. Die Luftverschmutzung ist in der EU jedes Jahr für 300.000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich, wobei Kinder am stärksten von den Auswirkungen der Feinstaubbelastung betroffen sind. Wir wollen die EU dazu drängen, die Luftqualitätsstandards für alle zu erhöhen, und zwar ausnahmslos überall in der EU.

Bis 2030 muss die Luftqualität in der EU den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation entsprechen. Wir kämpfen für ein giftfreies Europa bis 2030, indem wir die Verwendung der schädlichsten Chemikalien durch ein strengeres Chemikaliengesetz schrittweise einstellen.

Die Klimakrise stellt auch eine ernsthafte Bedrohung für die menschliche Gesundheit dar, was sich in den Auswirkungen von Hitzewellen, Dürren und anderen extremen Wetterereignissen auf die Bevölkerung zeigt. Wenn wir die Emissionen jetzt reduzieren, können wir eine Verschlimmerung der Situation in den kommenden Jahren vermeiden.

DIE NATUR ZURÜCKHOLEN

Wir müssen die Natur unter Schutz stellen, die die Grundlage für das Leben auf unserem Planeten ist – von den Vögeln über die Bienen bis hin zu den Mooren und Feuchtgebieten. Eine Million Arten sind aufgrund geschädigter Ökosysteme, des Einsatzes von Pestiziden und des Klimawandels vom Aussterben bedroht. Dieses Massenaussterben muss gestoppt werden.

Ab 2026 müssen 10% des EU-Haushalts in Biodiversitätsziele fließen. Maßnahmen gegen den Klimawandel und für die Wiederherstellung gesunder, biodiversitätsreicher Ökosysteme sind zwei Seiten derselben Medaille.

Wir wollen ein Drittel des Territoriums und der Meeresgebiete der EU unter Schutz stellen, damit wir in Harmonie mit der Natur leben können, einschließlich Feuchtgebieten, Wäldern, Meeres- und Agrarökosystemen, Flüssen und Seen. Wir wollen ein transeuropäisches Netz für die Natur aufbauen, das Ökosysteme miteinander verbindet, damit Arten wandern können.

Wie in dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, für das wir gekämpft haben, festgelegt, wollen wir degradierte Naturgebiete und Ökosysteme in der gesamten EU wiederherstellen. Die Zusammenarbeit mit Landwirt*innen, Fischer*innen und lokalen Gemeinschaften ist der Schlüssel zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die EU muss die auf der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 15) in Montreal eingegangenen internationalen Verpflichtungen erfüllen und ehrgeizige Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt ergreifen.

WÄLDER ALS GRÜNE LUNGE EUROPAS

Die Wälder sind durch Abholzung und die Folgen des Klimawandels bedroht. Sie sind unsere Lunge und unser Lebenserhaltungssystem, beherbergen den größten Teil der landgebundenen biologischen Vielfalt und sind wichtige Kohlenstoffspeicher. Wälder spielen auch eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung sauberer Luft, der Regulierung des Wasserkreislaufs und der Verhinderung von Bodenerosion. Der Schutz und die Wiederherstellung der Wälder sind für das Erreichen unserer Klimaziele unentbehrlich.

Als Grüne sehen wir alte Wälder, naturnahe Bewirtschaftung und biodiversitätsfreundliche Aufforstung und Wiederherstellung als Schlüssel für gesunde Wälder in Europa. Wir brauchen eine gemeinsame Waldbrandstrategie durch naturnahe Mischwälder. Wir sind entschlossen, Kahlschlag



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

zu vermeiden und Schutzkorridore einzurichten. Wir brauchen Sofortmaßnahmen, um die Wälder vor schlechter Bewirtschaftung, Verschmutzung und Klimawandel zu schützen.

PFLEGE UNSERER BÖDEN DURCH NACHHALTIGE NAHRUNGSMITTEL UND LANDWIRTSCHAFT

Europa braucht eine gemeinsame Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, um Veränderungen in Bezug darauf zu unterstützen, was wir essen, wie wir Nahrungsmittel produzieren und woher wir sie beziehen. Landwirt*innen und Beschäftigte in der Landwirtschaft befinden sich in einer doppelten Krise. Einerseits bedrohen der Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt ihre Tätigkeit. Andererseits erhalten viele in diesem Sektor keine faire Vergütung für die von ihnen produzierten Nahrungsmittel.

Landwirt*innen in Europa müssen in der Lage sein, mit ihrer Arbeit ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Wir müssen strukturelle Probleme im Nahrungsmittelsektor angehen, unser Nahrungsmittelsystem widerstandsfähiger machen und die lokale Produktion im Einklang mit der Ernährungssouveränität unterstützen. Wir müssen sicherstellen, dass die Landwirt*innen nicht dem unlauteren Wettbewerb von Produkten ausgesetzt sind, die nicht den gleichen Standards entsprechen, auch nicht aus Drittländern.

Wir brauchen eine grundlegende Abkehr von Subventionen für die industrielle Landwirtschaft, die auf Pestiziden, Monokulturen und Tierleid basiert, und eine massive Investition in den ökologischen Landbau und die agrarökologische Produktion. Das derzeitige Agrarmodell ist in hohem Maße abhängig von Einsatzstoffen wie Düngemitteln, Tierfutter und fossilen Brennstoffen, auch von außerhalb der EU.

Jahrelang fehlgeleitete Subventionen haben zu einer Konzentration des Landbesitzes geführt und kleine und mittlere Landwirt*innen in den Ruin getrieben. Die EU muss ein neues Agrarmodell fördern, das die Emissionen reduziert, die Umwelt schützt und die soziale Gerechtigkeit fördert.

Diese grüne und soziale Transformation in der Landwirtschaft, die durch neu ausgerichtete EU-Mittel unterstützt wird, ist eine Chance für sichere und nachhaltige Geschäftsmodelle, die Millionen von europäischen Landwirt*innen zugutekommen werden.

Die Gemeinsame Ernährungs- und Agrarpolitik wird die EU-Agrarförderung an soziale und ökologische Kriterien knüpfen, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Ernährungssicherheit zu erhöhen. Das bedeutet, dass ein Drittel des EU-Haushalts für nachhaltige Nahrungsmittelsysteme verwendet wird, die die Bodenqualität verbessern, Emissionen reduzieren und die Nahrungsmittelverschwendung verringern, während gleichzeitig die wirtschaftliche Lage der Landwirt*innen verbessert und die negativen Auswirkungen unseres Agrarsystems auf die Entwicklungsländer verringert werden. Die EU muss den Sektor der pflanzenbasierten Proteine stärken und den Übergang zu einer stärker pflanzlich orientierten Ernährung fördern, wobei sie auf politischen Vorschlägen wie dem Vertrag über pflanzliche Nahrungsmittel aufbauen muss.

Gesunde Nahrungsmittel sind gleichbedeutend mit pestizidfreien Nahrungsmitteln. Wir müssen den Einsatz chemischer Pestizide reduzieren, um die Ökosysteme zu schützen, den Boden gesund zu erhalten und die menschliche Gesundheit zu bewahren. Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Pestiziden bis 2030 um 50% reduziert wird. Glyphosat ist weder für eine produktive Landwirtschaft noch für die Unkrautbekämpfung notwendig. Glyphosat kann und muss verboten werden, und die Landwirt*innen müssen wirtschaftlich unterstützt werden, damit sie diese Umstellung vornehmen können.

EIN EUROPA OHNE GENTECHNIK

Wir sind der Meinung, dass Gentechnik nicht die Lösung für die Herausforderungen des Agrarsektors ist, und wir wollen, dass die Verbraucher*innen weiterhin die Wahl haben,



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Nahrungsmittel zu konsumieren, die frei von Gentechnik sind. Als Grüne sind wir dem Vorsorgeprinzip verpflichtet und wollen das bestehende Regelwerk für alle gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und neuen genomischen Techniken beibehalten. Neue Techniken dürfen nicht von den Schutzbestimmungen ausgenommen werden, die bereits im EU-Recht für GMO festgelegt sind.

Die Landwirt*innen müssen davor geschützt werden, dass die Agrarindustrie das Recht auf geistiges Eigentum nutzt, um wirtschaftliche Abhängigkeiten zu erzwingen. Alle Produkte, die gentechnisch veränderte Erzeugnisse enthalten, müssen rückverfolgbar und gekennzeichnet sein. Die nationalen Regierungen müssen das Recht behalten, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu verbieten.

TIERSCHUTZ ALS PRIORITÄT

Wir räumen dem Tierschutz auf EU-Ebene Priorität ein und setzen uns dafür ein, dass die EU-Politik den Tierschutz stärker berücksichtigt, wie es die EU-Verträge vorsehen. Bei der Reform der Agrarpolitik engagieren wir uns für strengere Regeln für Tierhaltungsbedingungen, den Einsatz von Antibiotika und Tiertransporte. Durch zoonotische Ausbreitung und Antibiotikaresistenz besteht die Gefahr einer weiteren verheerenden Pandemie.

Wir wollen Massentierhaltung und Tierquälerei in der industriellen Landwirtschaft beenden. Während die Europäische Kommission auf die historische Europäische Bürgerinitiative zur Beendigung des Käfigzeitalters nicht reagiert hat, wollen wir den Kampf der Bürger*innen aufnehmen, damit die Käfighaltung endlich verboten wird. Wir setzen uns weiterhin für strengere Vorschriften zum Schutz der Tiere während des kommerziellen Transports ein, u. a. durch eine maximale Transportzeit von 8 Stunden und eine maximale Transportzeit von 4 Stunden für bestimmte Arten und Kategorien von empfindlichen Tieren. Wir unterstützen auch ein Verbot des Transports von nicht abgesetzten Tieren und der Ausfuhr von lebenden Tieren in Drittländer, die die EU-Tierschutznormen nicht einhalten. Wir unterstützen voll und ganz die Europäische Bürgerinitiative für ein pelzfreies Europa.

Unsere Gemeinsame Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik muss die Mittel, die derzeit zur Unterstützung nicht nachhaltiger industrieller Tierhaltung verwendet werden, zur Verbesserung von Haltungssystemen und Managementpraktiken im Interesse des Tierschutzes umleiten.

Wir setzen uns für einen stärkeren Schutz aller Tiere ein, einschließlich der in der Wissenschaft verwendeten Tiere, der Haustiere, der Wassertiere und der Wildtiere. Wir kämpfen dafür, dass grausame Praktiken wie die systematische Tötung männlicher Küken, Zwangsfütterung, Pelztierzucht, grausame Jagdpraktiken und Stierkämpfe beendet werden. Darüber hinaus fordern wir eine strengere Kontrolle des Handels mit exotischen Heimtieren durch die Einführung EU-weiter Listen mit zugelassenen Heimtierarten. Schließlich wollen wir gegen Welpen- und Kätzchenfabriken kämpfen und uns für humane Sterilisierungs- und Kontrollmaßnahmen für streunende Hunde- und Katzenpopulationen einsetzen.

INTAKTE MEERE UND OZEANE

Die europäischen Meeresregionen brauchen Schutz. Der chemische und ökologische Zustand unserer Meere ist an vielen Orten schlecht. Chemikalien- und Plastikverschmutzung, Unterwasserlärm, Rohstoffabbau und Abfälle bedrohen das Leben im Meer, während ein Überschuss an Nährstoffen dazu führt, dass es in vielen Gewässern wenig oder gar kein Leben mehr gibt. Die geltenden Vorschriften müssen verschärft und vollständig durchgesetzt werden, um die Meeresverschmutzung zu bekämpfen.

Um unsere gemeinsamen Ozeane und Meere unter Schutz zu stellen, wollen wir ein Gesetz über die Meere und Ozeane einführen. Dieses Gesetz wird die Kohärenz aller meeresbezogenen Politiken gewährleisten und bis 2030 auf faire und gerechte Weise zu sauberen, intakten und gesunden



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Meeren und Ozeanen führen. Es wird das Recht auf schadstofffreie und ökologisch gesunde Meere und Ozeane festschreiben.

Um die weitere Zerstörung der Meeresökosysteme aufzuhalten, handwerkliche Fischerei mit geringer Umweltbelastung und die Küstengemeinden zu unterstützen sowie die Klimaresistenz zu stärken, muss Europa die Überfischung beenden und schädliche Fischereipraktiken abschaffen. Die Gemeinsame Fischereipolitik muss den Übergang zu einer schonenden Fischerei, zu fairen und transparenten Quotenverteilungssystemen und zu einem nachhaltigen Konsum von Meeresfrüchten fördern. Dieser Übergang muss in enger Zusammenarbeit mit Fischer*innen und Küstengemeinden geplant werden. Die Meeresschutzgebiete müssen wirksam geschützt werden, insbesondere vor schädlichen Fischereimethoden wie der Grundschleppnetzfisherei.

Die EU importiert etwa 70% ihrer Meeresfrüchte und hat daher eine globale Rolle und Verantwortung, wenn es um nachhaltige Fischerei geht. Wir setzen uns für ehrgeizigere Regeln auf globaler Ebene ein. Diese Regeln müssen eine schonende Fischerei in Drittländern fördern, zusammen mit lokalen und kleinen Fischer*innen, und unsere Importe von Meeresfrüchten aus Überfischung reduzieren. Aquakulturen, wie z. B. Offshore-Fischfarmen, sind angesichts ihrer negativen Auswirkungen auf die Umwelt, die Fischerei, die lokalen Gemeinschaften und den Tierschutz kein langfristiger Ersatz für wild gefangene Meeresfrüchte. Die EU muss die Entwicklung der Aquakultur und der Aquakulturimporte regulieren.

Wir kämpfen gegen den Tiefseebergbau und fordern ein weltweites Moratorium. Es ist höchste Zeit, die Ökosysteme der Tiefsee unter Schutz zu stellen. Wir widersetzen uns jeder Ausweitung der Offshore-Öl- und Gasförderung.

SICHERUNG DER LEBENSGRUNDLAGEN FÜR ALLE

Unser Grüner und Sozialer Deal schützt das Recht aller – auch und gerade der Schwächsten – auf das Lebensnotwendige: erneuerbare Energie und umweltfreundlichen Verkehr, angemessenen Wohnraum und nahrhafte Nahrungsmittel sowie hochwertige Bildung und Pflege.

ERNEUERBARE ENERGIE FÜR ALLE

Alle müssen als Grundrecht Zugang zu ausreichender, erschwinglicher und erneuerbarer Energie haben. 125 Millionen Menschen in der EU haben Probleme, ihre Wohnungen zu heizen. Frauen und ältere Menschen sind überproportional betroffen. Die Beseitigung der Energiearmut ist eine wesentliche Priorität für die EU.

Wir unterstützen eine Energiegarantie, um alle Haushalte mit einer ausreichenden Menge an Energie zu einem erschwinglichen Preis zu versorgen. Bedürftige Gruppen erhalten gezielte Unterstützung, auch für Investitionen zum Energiesparen, und kein bedürftiger Haushalt wird wegen seiner Zahlungsunfähigkeit von seiner Energieversorgung abgeschnitten.

Die eigene Energie zu verbrauchen, sie mit den Nachbar*innen zu teilen und sich einer Energiegemeinschaft anzuschließen, muss zu einer Chance werden, von der alle profitieren können. Wir wollen auch dafür sorgen, dass Speichertechnologien wie Batterien und Vehicle-to-Grid in ausreichendem Maße eingesetzt werden und für alle zugänglich sind.

ERSCHWINGLICHER WOHNRAUM FÜR ALLE

Wohnen ist ein Recht, keine Ware. Angemessene, komfortable Wohnungen, die im Winter warm und im Sommer kühl sind, müssen für alle zugänglich sein. Jede Nacht schlafen in der EU 900.000 Obdachlose auf der Straße, während Millionen von Menschen mit steigenden Mieten in Großstädten und Energiearmut in Verbindung mit schlechter Wohnqualität zu kämpfen haben – alles Symptome



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

für chronisch unzureichende Investitionen in hochwertige, gut isolierte, erschwingliche und soziale Wohnungen.

Wir müssen öffentliche und private Investitionen in erschwinglichen Wohnraum, einschließlich Sozialwohnungen, fördern und erhöhen. Wir unterstützen die Einführung von Mietpreisdeckeln in Städten und Regionen, in denen die Mieten explodieren und unerschwinglich geworden sind. Wir setzen uns für eine Begrenzung von Kurzzeitvermietungen an Tourist*innen ein, um die Mieten niedrig zu halten, wie es in mehreren grünen Städten in der EU bereits der Fall ist. Wir kämpfen weiterhin für das Recht junger Menschen auf ein völlig unabhängiges Leben.

Wir müssen einen europäischen Ansatz in der öffentlichen Wohnungspolitik verfolgen, der Wohnen als Grundrecht definiert und diejenigen, die eine Wohnung mieten, vor Ausbeutung schützt. Die EU-Finanzierung für den öffentlichen Wohnungsbau muss nach dem Auslaufen des derzeitigen Resilienz- und Konjunkturfonds fortgesetzt werden. Wir setzen uns für einen „EU-Plan für erschwinglichen Wohnraum“ ein, der auch durch neue, auf EU-Ebene aufgebrauchte Mittel finanziert wird, um Investitionen in ganz Europa zu fördern.

IM WINTER WARM, IM SOMMER KÜHL

Wir brauchen ein EU-Programm zur Renovierung der Wohnungen von Menschen mit den höchsten Energierechnungen und niedrigen Einkommen. Ein groß angelegtes soziales Energiesanierungsprogramm kann dafür sorgen, dass bis 2040 jede und jeder in einem gesunden Zuhause frei von fossilen Energien lebt. 75% der Gebäude in Europa sind energieineffizient und für 36% der Kohlenstoffemissionen verantwortlich – eine riesige Chance für Verbesserungen durch Renovierung und Nachrüstung.

Die Unterstützung muss für alle verfügbar sein, wobei der Großteil der Finanzierung auf die Bedürftigsten abzielt, und die Renovierung muss für die Mieter*innen kostenneutral sein. Investitionen der EU, der Mitgliedstaaten und des Privatsektors in die rasche Renovierung sollen zu schöneren, umweltfreundlicheren Wohnorten führen und hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Unsere steuerlichen Vorschläge sollen Anreize für öffentliche Investitionen in umweltfreundlichen Wohnraum auf der Ebene der Mitgliedstaaten schaffen und private Gelder zur Renovierung des europäischen Wohnungsbestands freisetzen.

GESUNDE NAHRUNGSMITTEL FÜR ALLE

Eine Umstellung auf ein nachhaltiges, klimafreundliches Nahrungsmittelsystem ist unerlässlich, damit die Menschen in Europa in den Genuss erschwinglicher, nahrhafter Nahrungsmittel kommen, für die die Erzeuger*innen angemessen vergütet werden. Viele wichtige Risikofaktoren für nicht übertragbare Krankheiten wie Krebs sind ernährungsbedingt. Unsere Vision ist es, Verbraucher*innen und Erzeuger*innen zusammenzubringen, die Menschen in die Lage zu versetzen, fundierte Entscheidungen zu treffen, und sicherzustellen, dass die Landwirt*innen einen fairen Preis erhalten.

Wir wollen das Recht auf Nahrung als Grundsatz in der EU-Gesetzgebung verankern, was zu speziellen Mechanismen der sozialen Sicherheit auf nationaler Ebene führt, die den Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln garantieren und gleichzeitig lokale Versorgungsketten unterstützen.

Wir wollen kleine und ökologische landwirtschaftliche Betriebe mit massiven Investitionen unterstützen. Millionen von Europäer*innen haben in den letzten Jahren mit steigenden Nahrungsmittelpreisen zu kämpfen gehabt. Niemand darf auf gesunde und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel verzichten müssen, weil sie zu teuer sind.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Es ist an der Zeit, die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu stoppen, die den Hunger in der Welt anheizt. Unsere Vorschläge zu Steuern auf Finanztransaktionen und Gewinne sollen die Spekulation eindämmen, die die Nahrungsmittelpreise für die Haushalte in die Höhe treibt.

WASSER IST EIN MENSCHENRECHT

Der Zugang zu sauberem Wasser muss als Grundrecht garantiert werden. Wasserknappheit verursacht bereits jetzt jedes Jahr Kosten in Milliardenhöhe. Landwirt*innen und Haushalte mit geringem Einkommen gehören zu den am stärksten betroffenen Gruppen, und der Mittelmeerraum ist besonders gefährdet.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um das Recht auf sauberes und ausreichendes Wasser für alle zu schützen. Wir wollen die Privatisierung von Wasserressourcen verbieten. Wasser muss als natürliches Allgemeingut betrachtet und von öffentlichen Einrichtungen verwaltet werden. Wir nutzen die bestehenden EU-Rechtsvorschriften, um gefährdete Reserven unter Schutz zu stellen und dem Trinkwasser Vorrang vor anderen Nutzungen einzuräumen.

MOBILITÄTSGERECHTIGKEIT FÜR ALLE

Wir wollen, dass sich die Menschen einfach und kostengünstig mit nachhaltigen öffentlichen Verkehrsmitteln fortbewegen können. Mobilität ist für jede und jeden von uns im Alltag wichtig. Sie verbindet Menschen, Gemeinschaften und Unternehmen miteinander, und Reisen zu Freund*innen und Familie oder in der Freizeit sollten zu den Freuden des Lebens gehören.

Heute sind die Verkehrssysteme zugunsten der Wohlhabenden und gegen die Menschen und den Planeten ausgerichtet. Arbeiter*innenviertel leiden am meisten unter Luftverschmutzung und Lärm, und Einwohner*innen von schlecht angebundenen ländlichen und vorstädtischen Gemeinden haben oft keine andere Wahl als das Auto. Emissionsintensive Verkehrsmittel werden perverserweise subventioniert, und Privatjets treiben die Emissionen immer weiter in die Höhe.

Wir wollen ein europäisches Klimaticket einführen, so dass überall in Europa ein erschwinglicher Fahrschein für den öffentlichen Nahverkehr angeboten wird, der problemlos für verschiedene öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden kann. Bis dahin müssen nationale Pauschaltickets für den öffentlichen Nahverkehr in den Mitgliedsstaaten gegenseitig anerkannt werden. Junge Menschen, Alleinerziehende, Menschen in Armut, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen müssen von ermäßigten Fahrpreisen profitieren.

Europa muss in bessere öffentliche Verkehrsmittel, sichere und nachhaltige Fahrradnetze und eine auf den Menschen ausgerichtete Stadtplanung investieren, sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Gemeinschaften. Mit der schrittweisen Abschaffung von Verbrennungsmotoren in Europa sollen auch Elektroautos zur Verringerung der Verkehrsemissionen beitragen, aber eine echte Antwort lässt den öffentlichen Verkehrsmitteln wesentlich mehr Raum. Um Elektroautos erschwinglich zu machen und einen Markt für Gebrauchtwagen zu schaffen, muss die EU deren Einsatz in Unternehmensflotten vorschreiben.

EUROPA MIT EINER INFRASTRUKTURUNION VERBINDEN

Wir müssen die Investitionen in den Schienenverkehr und dessen Koordinierung massiv erhöhen, um Europa als Teil unserer Infrastrukturunion buchstäblich zu verbinden. Die Eisenbahninfrastruktur ist in vielen europäischen Regionen in einem schlechten Zustand, und in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas gibt es überhaupt keine Hochgeschwindigkeitszüge. Die EU muss daher vorrangig in die Modernisierung und Konvergenz der unterversorgten Regionen investieren.

Zur Förderung nachhaltiger Fernreisen wollen wir in die Nachtzuginfrastruktur investieren und eine europäische Ticketing-Plattform einrichten, um die Buchung grenzüberschreitender Fahrten mit



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

nachhaltigen Verkehrsmitteln zu vereinfachen. Ländliche Gebiete und schlecht angebundene Regionen sollen bei Verkehrsinvestitionen, einschließlich Carsharing-Initiativen, Fähren und Schienengüterverkehr, Vorrang erhalten.

Wir wollen dafür sorgen, dass gerechtere Preise die tatsächlichen Kosten des umweltbelastenden Verkehrs widerspiegeln, indem wir Flugreisen und Treibstoff angemessen besteuern, wenn keine effizienten, klimafreundlichen Alternativen angeboten werden können. Wir wollen die Nachfrage nach Flügen reduzieren, indem wir eine Vielflieger*innenabgabe einführen, mit Ausnahmen für Inselregionen, und Kurzstreckenflüge verbieten, wenn es Alternativen gibt. Wir wollen für ein Verbot von Privatjets kämpfen. Wir setzen uns für eine gerechte Transformation für alle Beschäftigten im Verkehrssektor ein und wollen Arbeitnehmer*innen und Fahrgäste durch Maßnahmen zur Straßenverkehrssicherheit und ein EU-weites Tempolimit schützen.

HOCHWERTIGE BILDUNG FÜR ALLE

Zugängliche, qualitativ hochwertige öffentliche Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen müssen allen Menschen in Europa zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrem Wohlstand. Bildung kann unseren Gesellschaften das nötige Rüstzeug geben, um Ungleichheit zu überwinden, die grüne Transformation voranzutreiben und an der Spitze von Wissenschaft und Kultur zu bleiben. Die Arbeitsplätze in den neuen grünen Branchen können nur mit Menschen besetzt werden, die dafür ausgebildet sind.

Wir haben Erasmus+ von Anfang an unterstützt und wollen den Grundsatz der Erasmus-Gleichheit einführen, um sicherzustellen, dass Lernende, die sich Erasmus sonst nicht leisten könnten, genug Geld erhalten, um ihren Auslandsaufenthalt vollständig zu finanzieren. Erasmus+ muss für alle gleichermaßen zugänglich sein, unabhängig vom Land oder dem wirtschaftlichen Hintergrund.

Unser Grüner und Sozialer Deal soll ein gemeinsames grünes Bildungs- und Ausbildungsprojekt einführen, das dazu beiträgt, Schulen, Universitäten und Ausbildungszentren miteinander zu verbinden, um Bildungseinrichtungen in ganz Europa zu vernetzen. Bürgerschaftliche Bildung über die EU, einschließlich Anti-Extremismus-, Anti-Hass- und Anti-Rassismus-Erziehung, muss Teil der Lehrpläne und der nicht-formalen Bildung sein, die auf EU-Ebene anerkannt werden. Bildungsinvestitionen sind ein entscheidender Teil unserer Vorschläge zur Finanzierung der Transformation und müssen jeder und jedem die Chance geben, zu lernen und die Fähigkeiten zu erwerben, die wir für die Zukunft brauchen.

ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Gesundheit ist ein öffentliches Gut, auf das jede und jeder ein Recht hat. Die Pandemie war ein tragischer Beweis dafür, dass unzureichende Investitionen, Privatisierung und die Vernachlässigung präventiver Ansätze die Patient*innen und das Gesundheitspersonal physisch und psychisch gefährden.

Eine Europäische Gesundheitsunion muss dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten allen Menschen in Europa eine allgemeine Gesundheitsversorgung bieten. Wir drängen darauf, gesundheitliche Ungleichheiten zu beseitigen und den Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln und Behandlungen zu gewährleisten, auch für Krebs und seltene Krankheiten, und zwar auf eine Weise, die alle Teile der Gesellschaft einbezieht, insbesondere die am stärksten gefährdeten und rassifizierten Gemeinschaften. Niemand in Europa darf sich gezwungen sehen, aufgrund der medizinischen Versorgung in ein anderes Land umzuziehen. Die europäische Gesetzgebung zur allgemeinen Gesundheitsversorgung soll alle Mitgliedstaaten dazu verpflichten, dieses grundlegende soziale Recht zu gewährleisten.

Die Folgen der Pandemie sind noch immer in ganz Europa zu spüren. Viele Menschen zeigen nach wie vor Symptome von Long Covid. Wir müssen die Erforschung der Langzeitfolgen einer Covid-19-



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Infektion fördern. Die Europäische Union muss ein EU-Hilfswerk für die Zusammenarbeit bei gesundheitlichen Notfällen und Katastropheneinsätzen einrichten. Alle politischen Maßnahmen müssen unter dem Aspekt der Gesundheit betrachtet werden.

EINE GRÜNE GESELLSCHAFT IST EINE FÜRSORGLICHE GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft lebt von der Fürsorge. Diese ist unsere übersehene, unterbewertete und oft unbezahlte Grundlage. Als Grüne wollen wir eine fürsorgliche Gesellschaft aufbauen und verstehen Fürsorge als eine übergreifende Priorität und ein übergreifendes Konzept. Da die europäischen Gesellschaften immer älter werden, nimmt die Bedeutung der Pflege zu, vor allem in den europäischen Ländern, die in letzter Zeit eine starke Auswanderung erlebt haben.

Unser Grüner und Sozialer Deal ist auch ein Fürsorge-Deal. Wir drängen darauf, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und gleichzeitig das Recht aller auf angemessene Pflege zu schützen. Wir wollen in umfassende, lebenslange Ansätze investieren, wie den allgemeinen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung und die Deinstitutionalisierung der Pflege für behinderte und ältere Menschen. Frühkindliche Bildung und Betreuung müssen als soziale Investitionen in den EU-Finanzrahmen aufgenommen werden.

PSYCHISCHE GESUNDHEIT IST POLITISCH

Unsere universelle Gesundheitsversorgung soll über die körperliche Gesundheit hinausgehen und dafür sorgen, dass die öffentlichen Gesundheitssysteme auch die psychische Versorgung einschließen, ohne dass dem Einzelnen zusätzliche Kosten entstehen. Psychische und physische Gesundheit müssen die gleiche Wertschätzung erfahren. Um die Krise der psychischen Gesundheit zu bewältigen, erkennen wir die Notwendigkeit integrativer und umfassender Präventions- und Heilungsstrategien an, die Kultur und Sport sowie soziale und kreative Aktivitäten einschließen.

ZEIT, DIE EUROPÄISCHE DROGENPOLITIK ZU ÜBERDENKEN

Die Drogenpolitik muss auf Fakten und nicht auf Vorurteilen beruhen. Wir setzen uns für einen EU-Ansatz ein, der auf Schadensbegrenzung, Gesundheit und Unterstützung für Menschen mit Drogenabhängigkeit basiert und die negativen sozialen Auswirkungen des Drogenkonsums minimiert. Wir engagieren uns für die Entkriminalisierung von Cannabis für den Konsum durch Erwachsene, mit dem Ziel der Legalisierung und Regulierung bei gleichzeitigem Schutz von Minderjährigen.

FAIRPLAY IM SPORT

Sport verbindet die Menschen in Europa, fördert die Gesundheit und unterstützt den sozialen Zusammenhalt. Europäische Fördermittel müssen leichter zugänglich sein und die Welt des Sports besser motivieren, die Klimaziele einzuhalten. Eine unabhängige Europäische Anti-Korruptions-Agentur muss weltweit für Transparenz und Integrität im Sport sorgen. Die Festlegung klarer Standards soll internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa ermöglichen, die die Klimaziele einhalten und die Menschenrechte respektieren.

AUFBAU EINES EUROPAS DER SOZIALEN RECHTE

Unser Grüner und Sozialer Deal stellt die Menschen und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt der grünen Transformation und Wirtschaft Europas. Der soziale Wohlfahrtsstaat war einer der größten Erfolge Europas. Der Wiederaufbau dieses Wohlfahrtsstaates für das 21. Jahrhundert ist der einzige Weg, um soziale Rechte für alle Menschen in Europa zu schützen und zu erweitern. Ein Europa der sozialen Rechte muss Arbeitnehmer*innen und Gemeinschaften, die sich in einer Umbruch befinden, stärken und schützen und alle einbeziehen. Es muss die Menschen schützen, die in ihrem täglichen Leben vielfältigen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind.



MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSPLÄTZE FÜR ALLE

Die europäischen Arbeitnehmer*innen verdienen einen fairen Lohn, vor allem nach Jahren des Preisanstiegs. Wir kämpfen für die Beendigung der Armut trotz Erwerbstätigkeit. Im letzten EU-Mandat haben wir einen EU-weiten Rahmen für existenzsichernde Mindestlöhne durchgesetzt, der die Mindestlöhne auf ein angemessenes Niveau festlegt, das an die Lebenshaltungskosten gekoppelt ist. Wir haben Maßnahmen zur Lohntransparenz durchgesetzt, die dazu beitragen werden, die großen Lohnunterschiede in Unternehmen und Institutionen zu beseitigen.

Wir kämpfen für eine Gesetzgebung, die Plattformarbeiter*innen als Arbeitnehmer*innen anerkennt, mit allen Rechten auf Mindestlöhne, Tarifverhandlungen, Arbeitsbedingungen und Schutz, auf die Arbeitnehmer*innen gesetzlich Anspruch haben.

Die Arbeitsplätze in den Schlüsselsektoren der Zukunft, vom Bauwesen über die Pflege bis hin zu Energie und Bildung, müssen gut bezahlt sein. Wir unterstützen die Rolle der Gewerkschaften, die dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer*innen ihren gerechten Anteil an den Gewinnen erhalten. Unsere Steuervorschläge verringern die Steuerbelastung der Arbeitnehmer*innen und fördern den Zugang zu Energie, Nahrungsmitteln und Wohnraum für die Ärmsten, indem wir die Steuern für Umweltverschmutzer*innen und Superreiche erhöhen.

UMFASSENDE ARMUTSBEKÄMPFUNG

Jede und jeder hat das Recht auf ein angemessenes Einkommen. Ein starkes soziales Sicherheitsnetz muss Menschen schützen, die sich in einer Übergangsphase befinden oder die nicht arbeiten können. Wir fordern eine EU-Rahmenrichtlinie zum Mindesteinkommen, um in jedem EU-Land ein angemessenes Unterstützungsniveau (60% des Medianeinkommens) für Menschen festzulegen, die sich zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen befinden oder nicht arbeiten können, und um zu gewährleisten, dass diese Unterstützung auch in Anspruch genommen wird. Dies darf die nationalen Tarifverhandlungsmodelle oder Sozialversicherungssysteme nicht untergraben.

Das kurzfristige Arbeitslosenversicherungsprogramm SURE muss dauerhaft eingeführt werden, um den Lebensunterhalt der von der Transformation betroffenen Arbeitnehmer*innen zu sichern. Wir fordern weiterhin eine integrierte Armutsbekämpfungsstrategie für die EU, um die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, die Kinderarmut bis 2030 mindestens zu halbieren und bis 2040 zu beseitigen.

Ein universelles Grundeinkommen muss erforscht und untersucht werden. Wir setzen uns daher für nationale Pilotprojekte in Bezug auf Grundeinkommen ein.

KEINE ENTSCHEIDUNGEN ÜBER ARBEITNEHMER*INNEN OHNE DIESE EINZUBEZIEHEN

Unser Grüner und Sozialer Deal schützt die Arbeitnehmer*innen und ihre Rechte. Wir wollen eine Union aufbauen, in der die Menschen angemessen behandelt und für ihre Arbeit bezahlt werden. Das gilt insbesondere für die Arbeitnehmer*innen, die die Gesellschaft am Laufen halten, und für alle, die die für eine grüne Zukunft notwendige Infrastruktur aufbauen.

Es darf nichts über Arbeitnehmer*innen entschieden werden, ohne diese einzubeziehen. Wir wollen für das Recht der Gewerkschaften kämpfen, sich zu organisieren, Tarifverhandlungen zu führen und zu streiken. Arbeitnehmer*innen, die von der doppelten grünen und digitalen Transformation betroffen sind, müssen garantierte Rechte auf Information, Beteiligung durch Tarifverhandlungen und sozialen Dialog sowie auf Weiterbildung haben. Die gewerkschaftliche Organisation für neue oder nicht standardisierte Arbeitsformen soll unterstützt werden, um die Rechte aller Arbeitnehmer*innen zu garantieren. Diese Rechte und Standards sollen durch ein Gesetz für



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

gerechte Transformationen geschützt werden. Eine Richtlinie über lebenslanges Lernen soll das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub schützen.

FAIRE ARBEITSMOBILITÄT FÜR ALLE

Europa muss eine faire Mobilität der Arbeitnehmer*innen über Grenzen hinweg ermöglichen und schützen, damit niemand durch die Maschen der national fragmentierten Sozialsysteme fällt. Um Sozialdumping zu vermeiden, müssen soziale Rechte und der Zugang zum Arbeitsmarkt gewährleistet sein. Verwaltungsaufgaben sollen in verschiedenen Sprachen möglich sein, Sozialdienste sollen mobilen Arbeitnehmer*innen offen stehen, und die soziale Koordinierung auf EU-Ebene soll gefördert werden. Die Anerkennung von Berufsqualifikationen soll erleichtert werden.

Viele EU-Länder leiden unter den Folgen der massiven Abwanderung. Die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der EU-Länder muss eine Priorität der EU-Politik und für Investitionen sein, um die Lebensqualität und die Chancen der Menschen in ganz Europa zu verbessern.

NEUE RECHTE FÜR DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

Menschen müssen zu angemessenen Bedingungen und unter sicheren Verhältnissen arbeiten. Wir wollen das derzeitige System, das Praktikant*innen und Auszubildende ausbeutet, abschaffen. Wir wollen die Praxis der unbezahlten Praktika beenden, damit jungen Menschen eine angemessene Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen garantiert werden. Die mobile Arbeit und die Arbeit von Arbeitsmigrant*innen muss angemessen geregelt werden und alle diese Arbeitnehmer*innen müssen eine angemessene und erschwingliche Unterkunft erhalten.

Arbeitsschutzmaßnahmen müssen an die Realität des Klimawandels angepasst und durchgesetzt werden, z. B. Vorschriften für Hitzewellen und Arbeiten bei extremen Temperaturen. Zu viel Arbeit verursacht Stress und Krankheiten. Wir wollen Maßnahmen einführen, die die Arbeitszeit verkürzen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessern, einschließlich eines EU-Rechts auf Abschalten, eines Rechts auf Fernarbeit und flexible Arbeitszeiten. Wir unterstützen die EU-weiten Bemühungen, eine Vier-Tage-Woche einzuführen. Wir lassen nicht zu, dass Arbeitnehmer*innen durch auf künstlicher Intelligenz basierende Überwachungsinstrumente kontrolliert werden.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Wir kämpfen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Chancen für alle am Arbeitsplatz. Die vollständige Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles durch verbindliche Maßnahmen für alle Arbeitgeber*innen ist längst überfällig. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle hängt von Faktoren wie ethnischer Herkunft, Behinderung, Zugang zu Bildung und Alter ab. Verschiedene Gruppen von Frauen erleben sehr unterschiedliche Lohnunterschiede.

Ein allgemeiner und gleichberechtigter Zugang zu Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeeinrichtungen sowie die Überarbeitung der Richtlinie über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und der Richtlinie über Mutterschaftsurlaub können in Europa zu einem voll bezahlten Elternurlaub von gleicher und ausreichender Dauer führen.

CHANGENGLEICHHEIT VON ANFANG AN

Da der Beginn des Lebens entscheidend ist, fordern wir eine angemessene Finanzierung der Europäischen Kindergarantie, um sicherzustellen, dass alle Kinder Zugang zu Betreuung, Bildung, gesunder Ernährung, angemessenem Wohnraum und Gesundheitsversorgung haben. Gleichzeitig wollen wir die Teilnahme der Eltern am Arbeitsmarkt unterstützen. Alle Kinder haben das Recht auf Spiel, Erholung, Sport und Kultur.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Alle Kinder in der EU müssen garantierten Zugang zu hochwertiger Betreuung und Bildung haben – unabhängig von ihrem Pass. Wir wollen mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die dringend benötigten Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur endlich in Angriff genommen werden.

EINE WIRTSCHAFT, DIE FÜR ALLE FUNKTIONIERT

Die Europäische Union ist die wichtigste Ebene für die Klima- und Umweltpolitik, auf der wir die entscheidenden, gemeinsamen Entscheidungen treffen, die die europäischen Gesellschaften auf einen grüneren Weg führen.

Dank der Mobilisierung der Klimabewegung ist es uns Grünen gelungen, 2019 auf einen europäischen Grünen Deal zu drängen und die Klimakrise ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Aber der Fortschritt wird zu langsam erzielt und ist bisher zu gering. Je schneller Europa seine grüne Transformation vorantreibt, desto eher werden sich unsere Investitionen und Anstrengungen auszahlen. Das Klima wird nicht warten, bis andere Krisen vorüber sind.

Unser Grüner und Sozialer Deal sieht einen großen Investitionsplan vor, um eine wohlhabende und dynamische Gesellschaft aufzubauen, die auf Klimaneutralität, grünen Industrien und Technologien sowie einer nachhaltigen Digitalisierung basiert.

INVESTITIONEN IN EINE GRÜNE UND BESSERE ZUKUNFT

Europas Wirtschafts- und Steuerpolitik muss sich darauf konzentrieren, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und ein stabiles Klima und eine gesunde Umwelt zu erhalten. In Abkehr von der Sparpolitik der Vergangenheit muss Europa Investitionen ermöglichen und fördern, um die Probleme der Gegenwart und Zukunft zu lösen.

Wir wollen die willkürlichen Grenzen der Maastricht-Kriterien und des Stabilitäts- und Wachstumspakts überarbeiten. Sie haben Europa der zahlreichen Krise ausgesetzt und in mehreren Ländern zu Kürzungen der öffentlichen Dienstleistungen und begrenzten öffentlichen Investitionen geführt, was den sozialen Zusammenhalt untergräbt.

Stattdessen wollen wir eine neue, auf das Wohlergehen ausgerichtete makroökonomische Governance einführen, die hochwertigen Investitionen in öffentliche Güter und der grünen Transformation Vorrang vor dem überholten Paradigma „Wachstum um jeden Preis“ einräumt, um weitere Krisen und deren soziale Folgen zu vermeiden.

Wir fordern die Einführung einer grünen goldenen Regel und ein reformiertes Europäisches Semester, um Raum für zukunftsorientierte grüne und soziale Investitionen zu schaffen. Wir wollen die Regeln für staatliche Beihilfen und öffentliche Investitionen überarbeiten, um grüne Investitionen zu fördern, ohne den fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu beeinträchtigen.

Das Mandat der Europäischen Zentralbank muss dahingehend überarbeitet werden, dass es neben der Preisstabilität auch die Vollbeschäftigung umfasst. Da fossile Brennstoffe anfällig für Preisanstiege sind und die Inflation anheizen, wollen wir auch, dass die Europäische Zentralbank alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzt, um grüne Investitionen zu fördern, einschließlich differenzierter Zinssätze.

ÖKOLOGISIERUNG DER INDUSTRIE FÜR UNSERE KÜNFTIGE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die grüne Transformation ist die Herausforderung unserer Generation, und sie wird ohne eine aktive Industriepolitik nicht zu schaffen sein. Die Ökologisierung der Industrie durch Investitionen in Europa ist eine riesige Chance, sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit als auch für die Klimaneutralität.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

Wir setzen uns für einen grünen und sozialen Transformationsfonds in Höhe von mindestens 1% des Bruttoinlandsprodukts der EU pro Jahr ein, der hauptsächlich durch eine gemeinsame Kreditaufnahme auf EU-Ebene finanziert wird.

Als Rückgrat unserer Infrastrukturunion soll er grüne Infrastrukturprojekte wie den öffentlichen Verkehr und den Schienengüterverkehr, erneuerbare Energien und Energienetzanschlüsse finanzieren. Er soll aufstrebende grüne Branchen und die grundlegende Renovierung des Wohnungsbestands finanzieren. Der Fonds soll auch Ausbildungsprogramme unterstützen, die für die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen in neuen grünen Sektoren und die Verbesserung der für eine gerechte Transformation notwendigen sozialen Infrastruktur unerlässlich sind.

Dieser Fonds ist ein wichtiger Hebel zur Bekämpfung der Deindustrialisierung in der gesamten EU und soll Mitgliedstaaten mit geringeren wirtschaftlichen Ressourcen und Sektoren, die von der Transformation betroffen sind, unterstützen. Investitionen auf EU-Ebene sind notwendig, um den Binnenmarkt zu schützen und politische Unterstützung für die grüne Transformation in allen EU-Ländern zu gewinnen.

Die EU-Industriepolitik muss unter Beteiligung von Bürger*innen, Gewerkschaften und Unternehmen gestaltet werden und darf nicht zu einem Mittel werden, die Kosten zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass die öffentliche Hand von den Erträgen aus Investitionen in die Industrie profitiert, zum Beispiel durch Kapitalbeteiligungen. Soziale Bedingungen müssen die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen gewährleisten. Die Industriepolitik darf nicht auf Kosten von Emissionssenkungen und Regulierung eingeführt werden. Die europäische Unterstützung für Forschung und Entwicklung kann ebenfalls zur wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung sowie zu anderen gesellschaftlichen Zielen beitragen und muss verstärkt werden.

FINANZIERUNG DES GRÜNEN UND SOZIALEN DEALS

Das Geld zur Finanzierung dieser dringend benötigten Investitionen ist vorhanden. Wir sind davon überzeugt, dass die EU dazu beitragen kann, es in grüne und soziale Investitionen zu lenken. Eine Mischung aus Steuerpolitik, öffentlichen Investitionen und privater Initiative soll diese Transformation vorantreiben. Ein gerechteres Wirtschaftssystem erfordert eine stärkere Umverteilung, die bessere Nutzung öffentlicher Mittel und die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteur*innen.

SCHAFFUNG EINES GERECHTEN STEUERSYSTEMS

Europa braucht ein gerechtes Steuersystem, das Arbeitnehmer*innen und kleine Unternehmen entlastet und Umweltverschmutzer*innen, multinationale Unternehmen und Superreiche zur Kasse bittet.

Wir wollen einen Mindestsatz für die Kapitalertragsteuer in der EU festlegen, um die Steuerlast zu Gunsten der Arbeitnehmer*innen auszugleichen. Wir wollen die Schlupflöcher im OECD-Mindeststeuerabkommen für Unternehmen schließen und die EU-Mitgliedstaaten drängen, das Abkommen auf höherem Niveau umzusetzen. Schlupflöcher, die Raum für Steuervermeidung und -hinterziehung innerhalb und außerhalb der EU sowie für Betrug und Geldwäsche lassen, sollen geschlossen werden. Wir kämpfen gegen Steueroasen in der EU und überall sonst auf der Welt.

Die Europäische Union benötigt mehr Haushaltsmittel, um unsere gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen. Europa muss die Kohlenstoff-Grenzsteuer auf neue umweltverschmutzende Sektoren ausweiten, das Verursacherprinzip auf alle Sektoren anwenden und die kostenlosen Quoten vor dem derzeitigen Termin 2034 abschaffen. Wir wollen den Anwendungsbereich der bestehenden Steuern auf Kunststoffe ausweiten.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Wir wollen darauf drängen, den EU-Klimasozialfonds massiv aufzustocken, um eine gerechte Transformation für einkommensschwache Haushalte zu gewährleisten.

Wir fordern eine EU-weite Vermögenssteuer, um Ungleichheit zu bekämpfen und die grüne Transformation zu finanzieren. Darüber hinaus drängen wir auf eine europäische Finanztransaktionssteuer, um Einnahmen zu erzielen und gleichzeitig Spekulation einzudämmen. Wir wollen die EU-Zufallsgewinnsteuer für Energieunternehmen dauerhaft einführen, um zu verhindern, dass aus künftigen Energiekrisen Gewinn geschlagen wird, und eine solche Besteuerung auch auf Rohstoffhändler und Banken anwenden.

ECHTE ÖKOLOGISIERUNG DES FINANZWESENS

Wir wollen Finanzdienstleistungen regulieren, um langfristige Investitionen in eine grüne und soziale Zukunft gegenüber kurzfristigen Spekulationen zu fördern. Wir kämpfen für eine Überarbeitung der Grünen Taxonomie, um sicherzustellen, dass Gas und Kernenergie nicht als „nachhaltig“ eingestuft werden. Fossiles Gas und Kernenergie können nicht als sauber bezeichnet werden.

Investitionen in neue Kohle-, Öl- und Gasförderanlagen sowie in kohlebefeuerte Energieprojekte und in die Unternehmen, die sie entwickeln, müssen unattraktiv gemacht werden. Der weitere Ausbau emissionsintensiver Aktivitäten gefährdet die Klima- und Umweltverpflichtungen der EU und erhöht die finanziellen Risiken.

Wir wollen die Finanzakteur*innen verpflichten, solide Klimaaktionspläne zu verabschieden, um ihren wirtschaftlichen Übergang zu unterstützen und eine schrittweise Transformation zu ermöglichen. Der Inhalt und die Umsetzung dieser Pläne müssen reguliert werden, mit sektoralen Maßnahmen für die emissionsstärksten Aktivitäten und Methoden zur Festlegung von Dekarbonisierungszielen. Wir kämpfen dafür, dass alle Aktivitäten des Bankensektors in die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht bei der Prüfung der Nachhaltigkeit von Unternehmen aufgenommen werden, damit der Bankensektor für die Auswirkungen seiner Investitionen auf die Menschenrechte, die Umwelt und das Klima rechenschaftspflichtig ist.

STABILES UND INKLUSIVES BANKWESEN FÜR EUROPA

Die Haushalte sollten nicht länger die Taschen von Finanzakteur*innen füllen, die mit Nahrungsmitteln, Energie und Wohnraum spekulieren, oder die Folgen von Finanzcrashes tragen. Die EU muss ihre längst überfällige Bankenunion vollenden und ein gemeinsames Einlagensicherungssystem einführen.

Die Europäische Zentralbank muss einen öffentlichen digitalen Euro als Alternative zu privaten Zahlungssystemen anbieten, die Kryptowährungsmärkte müssen angemessen reguliert werden, einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt, und das Recht der Menschen auf Zugang zu Bargeld und dessen Verwendung muss im Sinne der Inklusion geschützt werden.

SCHLIEßUNG DES KREISLAUFS MIT EINER KREISLAUFWIRTSCHAFT

Produzieren, konsumieren und wegwerfen – die Wirtschaftsweise unserer Gesellschaft führt zu einem Ressourcenverbrauch, der die Grenzen unseres Planeten überschreitet. Wenn wir nichts daran ändern, werden wir bis 2050 drei Erden brauchen, um unseren Rohstoffbedarf zu decken. Dieses lineare Modell treibt die Klimakrise, die Umweltzerstörung und die Menschenrechtsverletzungen bei der Rohstoffgewinnung voran. Es macht unsere Lieferketten krisenanfällig und unsere Volkswirtschaften und Unternehmen abhängig von Importen.

Verschwendung muss ein Konstruktionsfehler werden. Wir wollen bis 2040 eine vollständig erneuerbare, vollständig zirkuläre und ungiftige Wirtschaft aufbauen, mit klaren und verbindlichen



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Zielen und Transformationspfaden zur Verringerung des Verbrauchs und der Ressourcennutzung bis 2030.

Da die grüne Transformation wachsende Mengen an Metallen erfordert, müssen wir einen Suffizienzansatz verfolgen und der Entwicklung von Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten für strategische Materialien Priorität einräumen.

Wenn sich der Abbau in der EU als notwendig erweist, um sichere und nachhaltige Lieferketten zu gewährleisten, müssen wir die höchsten Umwelt- und Sozialstandards durchsetzen. Es darf keine Ausnahmen von der EU-Gesetzgebung oder von den Menschen- und Umweltrechten geben, es müssen strenge und unumkehrbare Bergbauverbotszonen eingerichtet und kontinuierliche Anstrengungen unternommen werden, um die Bergbautechniken und Arbeitsbedingungen (einschließlich der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften) zu verbessern und die schädlichsten zu verbieten. Die betroffenen Gemeinschaften – insbesondere die letzte indigene Gemeinschaft Europas, die Sami – müssen frühzeitig informiert werden, eingebunden werden, ihre Zustimmung geben und eine angemessene Entschädigung erhalten.

NULL ABFALL IST DAS GESCHÄFTSMODELL DER ZUKUNFT

Unsere Vision ist eine vollständige Kreislaufwirtschaft, in der wir unsere Produkte wiederverwenden, upcyclen, teilen und recyceln, damit die Materialien in einem geschlossenen Kreislauf bleiben. Dieser Ansatz schützt Ressourcen und das Klima und spart den Verbraucher*innen Geld, da die Produkte länger halten. Umwelt- und Verbraucher*innenschutz gehen Hand in Hand. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass die verbindlichen Nachhaltigkeitsanforderungen für unsere Produkte schnell umgesetzt werden und dass die EU Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung der Vorschriften durch die Industrie sicherzustellen.

Wir bekämpfen die vorzeitige Veralterung, auch in Bezug auf Software und die fehlende Reparierbarkeit, die sowohl dem Planeten als auch den Budgets der Haushalte schadet. Wir wollen dafür sorgen, dass ein wirksames und erschwingliches Recht auf Reparatur, einschließlich einer EU-weiten Reparaturbewertung und eines offenen Reparaturmarktes für unabhängige Reparaturbetriebe und Verbraucher*innen, ordnungsgemäß eingeführt wird. Wir unterstützen die Schaffung eines Binnenmarktes für Gebrauchsgüter und Instandsetzung. Wir wollen neue technische Standards wie das gemeinsame Ladegerät und Anreize für die Langlebigkeit von Produkten schaffen und den Weg zu einer Null-Abfall-Gesellschaft ohne Abfallexporte in Drittländer ebnen.

AUFBAU EINER SOZIALEN UND KOLLABORATIVEN WIRTSCHAFT

Unsere Vision der Wirtschaft ist dynamisch und zirkulär – eine Wirtschaft, in der die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der europäischen Wirtschaft bilden, neben neuen Modellen der gemeinschaftlichen, sozialen und kollaborativen Wirtschaft florieren.

KMU müssen unter gleichen Bedingungen wie große Unternehmen arbeiten. Wir sind bestrebt, Bürokratie und Vorschriften zu vermeiden, die komplexer, starrer oder anderweitig aufwändiger sind als zum Schutz des Gemeinwohls erforderlich. Wir fördern digitale Tools, wo immer sie die Einhaltung von Vorschriften erleichtern können.

Die Möglichkeiten der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung müssen genutzt werden, um hohe ökologische und soziale Standards zu fördern und Tarifverhandlungen zu unterstützen. Die europäische Regulierung muss alternative Wirtschaftsmodelle wie Genossenschaften, Crowdfunding, soziales Unternehmertum und Gemeingüter ermöglichen. Dieser fruchtbare Boden für lokale Initiativen muss gestärkt werden, wobei Sektoren, die einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, wie z. B. die Textilindustrie, Priorität haben müssen.



NACHHALTIGE DIGITALISIERUNG FÜR DIE MENSCHEN UND DEN PLANETEN

Digitale Technologien sind ein immer wichtigerer Teil unseres Lebens. Sie müssen die Rechte der/des Einzelnen schützen und dem Gemeinwohl dienen, nicht den Interessen privater Unternehmen. Europa, das zwischen dem Überwachungskapitalismus der USA und der staatlichen Kontrolle Chinas gefangen ist, braucht einen auf Rechten basierenden, dezentralen Ansatz für die Digitalisierung, um deren Vorteile zu nutzen.

Wir wollen einen europäischen Datenraum einführen, der die Nutzung anonymisierter sozialer Daten ermöglicht, die dem Gemeinwohl dienen, einschließlich des Kampfes für Klimagerechtigkeit und medizinische Forschung. Interoperabilität ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Digitalpolitik. Der Europäische Interoperabilitätsrahmen ist ein guter Ausgangspunkt, aber er schafft noch keine gleichen Bedingungen für alle. Wir drängen darauf, die Normung für Entwickler, die Zivilgesellschaft und KMU zu öffnen. Ihre Beteiligung muss vergütet werden, damit alle gleichermaßen an diesem Prozess teilhaben können.

Wenn die Digitalisierung wirklich offen ist und die Rechte durch die Gesetzgebung geschützt werden, wird sie eine Chance für die Menschen in Europa sein. Die jüngsten EU-Rechtsvorschriften werden für mehr Auswahl und Transparenz im Internet sorgen und vor Verletzungen von Rechten und Freiheiten schützen. Allerdings muss die EU einen Digital Fairness Act einführen, um die Menschen vor aufdringlichen Online-Werbepraktiken zu schützen.

Wir wollen Gesetze erlassen, um die Wiederverwendung und das Recycling digitaler Geräte und Komponenten in der EU zu fördern und den Energieverbrauch im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und Kryptowährungen zu senken, um den materiellen Fußabdruck des Internets massiv zu verringern.

FORTSETZUNG EINER ERFOLGSGESCHICHTE: SCHUTZ DER EUROPÄISCHEN VERBRAUCHER*INNEN

Ein starker Verbraucher*innenschutz wie Roamingrechte, Fluggastrechte und Produktsicherheitsmaßnahmen zählen zu den großen Erfolgen des Binnenmarktes. Da sich die Wirtschaft jedoch schnell verändert, müssen die hohen Standards der EU dringend aktualisiert werden, um die Menschen zu schützen, insbesondere im Internet.

Die Verbraucher*innen müssen online und offline die gleichen Rechte haben. Angesichts des zunehmenden Anteils des elektronischen Handels, bei dem potenziell unsichere Käufe direkt bei Drittanbieter*innen getätigt werden, fordern wir eine größere Verantwortung der Online-Marktplätze sowie erweiterte und koordinierte Genehmigungs- und Prüfverfahren durch die Zoll- und Marktaufsichtsbehörden.

Als Grüne wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen klare und umfassende Informationen über die Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen erhalten, die in der EU verkauft werden, einschließlich Informationen über die erwartete Lebensdauer von Produkten und ihren ökologischen Fußabdruck. Im Binnenmarkt darf es keine Verbraucher*innen erster oder zweiter Klasse geben. Produkte, die in verschiedenen europäischen Ländern auf die gleiche Weise vermarktet werden, müssen von gleicher Qualität und Zusammensetzung sein. Die Rechte der Verbraucher*innen müssen überall in der EU uneingeschränkt gewahrt werden.



KAPITEL II: MUT, SICH DER EXTREMEN RECHTEN ENTGEGENZUSTELLEN – FÜR EIN EUROPA DER DEMOKRATIE, DES FEMINISMUS UND DER MENSCHENRECHTE

Charlie will einfach nur Charlie sein. Mehr nicht. Warum ist es für die Welt um sie herum so schwierig, ihr Geschlecht zu akzeptieren?

Zara weiß, was sie will: die furchtbaren Schmerzen der Endometriose beenden. Ein Medikament finden, das vielen Frauen helfen könnte. Aber manchmal scheint es, als könnten die Menschen nicht weiter sehen als ihre Hautfarbe, ihren Nachnamen oder die Wahl ihrer Kleidung.

Daniel will es in die Welt hinausschreien: Er ist in einen Mann verliebt. Er möchte nachts ausgehen, mit seinem Partner durch die Straßen von Sofia spazieren und ihn zur Weihnachtsfeier der Firma mitbringen.

Letztes Jahr hat Mirna für eine Alternative zu Korruption, Einschüchterung und Manipulation in ihrem Heimatland gestimmt. Die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit dort verschlechtern sich jedoch weiter. Statt zur Arbeit zu gehen, demonstriert Mirna nun jeden Tag zusammen mit Tausenden von Mitbürger*innen, um eine Veränderung herbeizuführen.

Vorurteile, Diskriminierung und die Bedrohung fairer demokratischer Prozesse sind nach wie vor ein Hemmnis für die europäischen Gesellschaften. Aber das können wir ändern. Es muss geändert werden.

Es ist unsere Aufgabe, eine Europäische Union der Demokratie, der Freiheit und der Grundrechte aufzubauen.

Der Rassismus ist nie verschwunden. So sind beispielsweise antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus auf dem Vormarsch. Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen, Menschen, die in Armut leben, und anderen gefährdeten Gruppen sind nach wie vor viel zu häufig.

An den Grenzen Europas sterben Menschen. Die Migrationsrouten im Mittelmeer sind die tödlichsten der Welt. Menschen, die Sicherheit und Schutz suchen, sehen sich zunehmend mit Inhaftierungen, brutalen und illegalen Pushbacks und Gewalt durch Schmuggler*innen und Grenzbehörden konfrontiert. Die Rechtsextremen nutzen ihr Leid aus und verstärken es noch, indem sie die etablierten Parteien auf die rechte Seite ziehen und eine ungeeignete und unhaltbare Migrationspolitik normalisieren.

Rechtsextreme Parteien gewinnen mit ihrer bewährten Taktik, Halbwahrheiten zu verbreiten und Minderheiten zu Sündböcken zu machen, an Boden. Diese konservative Gegenbewegung arbeitet strategisch daran, unsere Rechte und Freiheiten zurückzudrängen. Selbst konservative Mainstream-Parteien, die einst fest an das europäische Projekt glaubten, öffnen antidemokratischen Kräften, die die Rechtsstaatlichkeit bedrohen, die Tür.

Wir haben den Mut, der extremen Rechten die Stirn zu bieten und die Rechte und Freiheiten aller zu schützen.

Die Grünen wollen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen und eine andere Europäische Union fordern. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union stärker geeint sein muss, um unsere gemeinsamen Probleme anzugehen. Wir fordern eine föderale Europäische Union mit mehr Befugnissen, tiefgreifender Demokratie und echter Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Wir wollen alle Formen von Rassismus und Ausgrenzung bekämpfen. Wir sorgen dafür, dass niemand über euren Körper entscheiden kann. Wir fordern ein gerechtes Asylsystem, das die



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Menschenrechte und die Menschenwürde verteidigt. Wir setzen uns für eine Migrationspolitik ein, die den immensen Beitrag anerkennt, den Migrierende für unsere Gesellschaft leisten. Wir glauben, dass Politik am besten funktioniert, wenn sie von den betroffenen Menschen gestaltet wird. Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie ohne einen lebendigen zivilen Raum und gestärkte Akteur*innen der Zivilgesellschaft nicht gedeihen kann. Wir setzen uns für die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit ein.

Die Europäische Union wurde gegründet, um Frieden und Demokratie zu schützen und Freiheit, Rechte und Gerechtigkeit zu wahren.

Dieses Gründungsversprechen wollen wir für alle Wirklichkeit werden lassen.



DER NÖTIGE NÄCHSTE SCHRITT: EIN GEEINTES, ERWEITERUNGSFÄHIGES EUROPA

Um die großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts zu bewältigen – von der grünen Transformation über die Bekämpfung wachsender Ungleichheiten bis hin zum Schutz der Demokratie – muss die Europäische Union ihre Verträge reformieren und auf dem Weg zu einem föderalen Europa vorankommen, das handlungsfähig ist und neue Mitglieder aufnehmen kann.

Auf der Konferenz zur Zukunft Europas haben die europäischen Bürger*innen klar zum Ausdruck gebracht, dass sie neue Verträge unterstützen, die der EU mehr Kompetenzen verleihen. Sie forderten eine Vertiefung der europäischen Demokratie mit mehr Befugnissen für das Europäische Parlament, ein Ende der nationalen Vetorechte, einen größeren EU-Haushalt und stärkere EU-Kompetenzen in zentralen Fragen wie Gesundheit, Steuern und Sozialschutz. Als Grüne stehen wir hinter ihren Vorschlägen.

AUSWEITUNG DER DEMOKRATIE IM HERZEN EUROPAS

Wir stehen für ein föderales Europa, für eine vollwertige supranationale Demokratie, die in der Lage ist, Ergebnisse zu erzielen.

Das Erfordernis der Einstimmigkeit zwischen den europäischen Mitgliedstaaten in Fragen von der Steuer- und Außenpolitik bis hin zur Antidiskriminierung und den Verfahren nach Artikel 7 zum Schutz der Demokratie hindert die EU daran, Entscheidungen für das Gemeinwohl zu treffen.

Das Europäische Parlament muss das Vorschlagsrecht für Rechtsvorschriften und die gleichen Haushaltsbefugnisse haben. Der Rat der Europäischen Union muss als zweite Kammer für die EU-Gesetzgebung fungieren und nicht als Ort des nächtlichen Feilschens um zwischenstaatliche Abmachungen. Die Präsidentin oder der Präsident der Europäischen Kommission muss vom Europäischen Parlament vorgeschlagen werden.

Der derzeitige EU-Haushalt ist eindeutig unzureichend, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen Europa steht. Der EU-Haushalt muss durch eigene Mittel, wie z. B. Steuern auf fossile Brennstoffe und auf Vermögen auf EU-Ebene, erheblich aufgestockt werden, und die Rolle des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft bei der Überwachung der EU-Ausgaben muss gestärkt werden. Die Zuständigkeiten der EU müssen erweitert werden, um sicherzustellen, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Diese wahrhaft transnationale Demokratie muss auch eine wohnsitzbasierte Unionsbürgerschaft gewährleisten.

Damit Europa diesen dringend benötigten Schritt tun kann, ist ein demokratisches Mandat der Bürger*innen unerlässlich. Diese Vertragsänderungen müssen deshalb durch einen EU-weiten, umfassenden verfassungsgebenden Prozess erfolgen.

Die Vertragsänderungen sollten dann durch ein europaweites Referendum nach dem System der doppelten Mehrheit der abgegebenen Stimmen ratifiziert werden: Europaweit und in einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten.

Wir wollen eine verstärkte Zusammenarbeit einrichten, wenn eine Handvoll Mitgliedstaaten versucht, den Fortschritt aufzuhalten. Die verstärkte Zusammenarbeit wird schon jetzt eine ehrgeizige ökologische und soziale Transformation ermöglichen, ohne auf eine Vertragsänderung zu warten.

MIT BÜRGER*INNENBETEILIGUNG EUROPA ZUM LEBEN ERWECKEN

Die Beteiligung und das Engagement der Öffentlichkeit stärken die Europäische Union. Die EU-Institutionen müssen Maßnahmen ergreifen, um die Stimmabgabe bei der Europawahl zugänglicher zu machen, auch für Menschen mit Behinderungen. Um die demokratische Beteiligung zu erhöhen,



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

wollen wir, dass die Online-Wahl für die Europawahl 2029 zumindest für mobile EU-Bürger*innen erprobt wird. Neben den nationalen Listen müssen transnationale Listen für das Europäische Parlament eingeführt werden, um einen zusätzlichen EU-weiten Wahlkreis zu schaffen, in dem die Bürger*innen eine große Anzahl von Abgeordneten wählen.

Da es bei der Demokratie um mehr als nur Wahlen geht, drängen die Grünen auf die Einführung von Bürger*innenpanels, um die politischen Entscheidungen der EU inklusiver zu gestalten. Der Rahmen für Petitionen und insbesondere die Europäische Bürgerinitiative müssen gestärkt werden, um den Bürger*innen mehr Möglichkeiten zu geben, die EU-Politik zu beeinflussen und die europäischen Institutionen zu verpflichten, mit Gesetzesvorschlägen zu reagieren. Es muss ein Rahmen für EU-weite Referenden eingeführt werden.

GEMEINSAM STÄRKER: DIE ERWEITERUNG DER UNION

Viele Menschen in der Nachbarschaft der EU sehnen sich danach, EU-Bürger*innen zu werden, vor allem die Ukraine, die für unsere Werte und die Sicherheit in Europa kämpft. Unsere Union gründet sich auf die Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte. Sie birgt das Versprechen von Frieden, Gerechtigkeit, gemeinsamen Werten und Wohlstand, und jedes Mitglied, ob alt oder neu, ist für die Wahrung dieser Grundsätze und Ziele verantwortlich.

Ein neuer Erweiterungsschub ist längst überfällig. Die EU ist seit jeher ein Projekt mit geopolitischen Implikationen. Da die EU auf gemeinsamen Regeln und Werten beruht, trägt sie dazu bei, dass Grenzen an Bedeutung verlieren. Die Erweiterung der EU schafft daher beste Aussichten auf dauerhaften Frieden und Sicherheit in Europa.

Alle europäischen Länder, die eine Mitgliedschaft oder Wiederaufnahme in die EU anstreben und unsere Werte teilen, müssen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft willkommen geheißen werden und alle Unterstützung erhalten, die sie zur Erfüllung der Kriterien benötigen.

UNSERE VERSPRECHEN EINHALTEN: EIN WEG ZUM BEITRITT ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union muss ihre Versprechen gegenüber den Beitrittskandidaten einhalten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Ukraine und Georgien. Wir unterstützen die Bemühungen des Kosovo, ein EU-Beitrittskandidat zu werden. Wir unterstützen diese Länder auf ihrem Weg zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, wobei diejenigen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betreffen, vorrangig behandelt werden müssen.

Der Zugang zum Binnenmarkt und zum EU-Haushalt setzt die Erfüllung dieser Kriterien voraus, und Fortschritte im Prozess müssen auf Verdiensten basieren. Als Grüne glauben wir, dass die EU im Beitrittsprozess enger mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten muss. Wir arbeiten auf die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat hin, die derzeit den Beitritt behindert.

Die Zukunft der Ukraine liegt in der Europäischen Union. Wir unterstützen die ukrainischen Behörden bei der Einführung der für die EU-Mitgliedschaft erforderlichen Reformen. Die EU-Hilfe für die Ukraine sollte im Rahmen des Möglichen einen klimaresistenten Wiederaufbau und eine Erholung ermöglichen, die auf erneuerbaren Energien, moderner Infrastruktur und einer nachhaltigen und integrativen Wirtschaft aufbauen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder muss ein entscheidender Anstoß für interne Reformen sein, die es der EU erleichtern, Entscheidungen effizient und effektiv zu treffen. Jedes Kandidatenland sollte seinen eigenen Weg in die EU gehen können, unabhängig von den Fortschritten der anderen Kandidatenländer.



RASCHES HANDELN FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Einer der größten Rückschläge für den europäischen Fortschritt war in den letzten Jahren die Entwicklung autoritärer Tendenzen im Herzen Europas. Die Bürger*innen der betroffenen Länder sind EU-Bürger*innen, und die EU muss ihre Rechte gegen staatliche Machtergreifung verteidigen. Wir wollen, dass schnell gehandelt wird, um den Verstößen gegen EU-Recht durch die Mitgliedstaaten durch Vertragsverletzungsverfahren ein Ende zu setzen. Dazu ist ein klarer Zeitrahmen erforderlich, auch für das Verfahren nach Artikel 7.

Wir wollen eine jährliche Überprüfung der Grundwerte einführen, um die Verletzung der Grundwerte in der gesamten EU zu überwachen, durchzusetzen und zu sanktionieren.

Wir müssen sicherstellen, dass die EU-Mittel Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken und nicht in den Taschen von Autokrat*innen und ihren Kumpan*innen verschwinden. Wir haben wichtige Fortschritte dabei gemacht, die EU mit besseren Instrumenten auszustatten, aber diese müssen auch vollständig umgesetzt werden.

Der Zugang zur Justiz muss für alle Menschen in der Europäischen Union Realität werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass schutzbedürftige Gruppen, wie Menschen mit geringem Einkommen und aus marginalisierten Gemeinschaften, ihr Recht wahrnehmen können, Antworten und Rechtsmittel gegen Ungerechtigkeiten zu finden.

KORRUPTION BEKÄMPFEN! DIE POLITIK MUSS TRANSPARENT UND RECHENSCHAFTSPFLICHTIG SEIN

Das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie beruht auf politischer Integrität. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind für die demokratische Kontrolle und die öffentliche Aufsicht von entscheidender Bedeutung. Wenn das Vertrauen in Politiker und demokratische Institutionen ernsthaft bedroht ist, müssen wir handeln.

Der Qatargate-Skandal hat gezeigt, dass die EU-Institutionen nicht in der Lage sind, Korruption und massives Fehlverhalten zu verhindern. Statt eines weiteren Beratungsgremiums brauchen die EU-Institutionen eine unabhängige Ethikbehörde, die über die Befugnisse und Ressourcen verfügt, unethisches Verhalten und Amtsmissbrauch zu untersuchen und zu sanktionieren. Wir brauchen umfassende Rechtsvorschriften über Lobbying-Aktivitäten auf EU-Ebene, einschließlich eines obligatorischen EU-Transparenzregisters.

Die EU-Institutionen müssen transparenter werden, unter anderem durch die proaktive Veröffentlichung aller Dokumente zu laufenden Gesetzgebungsverfahren. Diese müssen auch die Standpunkte der Mitgliedstaaten enthalten, da es für die Bürger*innen nach wie vor praktisch unmöglich ist, zu verstehen, wie die Entscheidungen im Rat getroffen werden.

Mitglieder und leitende Mitarbeiter*innen von EU-Institutionen müssen ihr Vermögen transparent offenlegen, wie es in vielen Mitgliedstaaten vorgeschrieben ist, und dürfen keine bezahlten Nebentätigkeiten für Lobbyorganisationen ausüben.

Korruption und Missbrauch des EU-Haushalts unterminieren das gesamte europäische Projekt. Wir unterstützen die für den Schutz der finanziellen Interessen der EU zuständigen Stellen, OLAF und die Europäische Staatsanwaltschaft, und fordern mehr Mittel für die Korruptionsbekämpfung.

Eine Union der Rechte und Freiheiten: Für eine wahrhaft feministische und antirassistische Zukunft

Als Grüne wollen wir eine Welt aufbauen, in der wir alle ohne Gewalt, Rassismus, Sexismus, Queerphobie und Zwang leben. Wir kämpfen für eine Welt, in der wir über unseren Körper entscheiden können, in der wir lieben können, wen wir lieben wollen, und in der Rassengerechtigkeit



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

endlich Realität wird. Diese Welt ist möglich, und wir kämpfen weiter für sie. Je härter die Angriffe, desto überzeugter, mitfühlender und entschlossener werden wir sein.

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle. Deshalb wollen wir, dass die Charta der Grundrechte für die europäischen Bürger*innen unmittelbar gilt und dass die Grundrechte in die direkte Zuständigkeit der EU fallen.

Wir fordern eine Gesamtbewertung des EU-Antidiskriminierungsrahmens, die die Notwendigkeit eines intersektionellen und umfassenden Ansatzes anerkennt. Um die Diskriminierung rassifizierter Gemeinschaften wirksam zu bekämpfen und die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller zu gewährleisten, muss die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie umfassend aktualisiert werden. Seit ihrer Einführung sind inzwischen 15 Jahre vergangen.

ZERSCHLAGT DAS PATRIARCHAT!

Nicht alle Frauen sind gleich, und das Verständnis ihrer Vielfalt ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Ungleichheit und Diskriminierung.

Ein feministisches Europa muss eine Politik gewährleisten, die die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen sicherstellt, insbesondere durch die Abschaffung von Steuerregelungen, die Frauen diskriminieren, und die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles durch verbindliche Maßnahmen für Unternehmen und Behörden.

Wir fordern einen allgemeinen und gleichberechtigten Zugang zur Kinderbetreuung. Wir fordern die Überarbeitung der Work-Life-Balance-Richtlinie und der Mutterschaftsurlaubsrichtlinie, um einen voll bezahlten Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub von gleicher Dauer zu erreichen.

Gender Mainstreaming muss dafür sorgen, dass europäische Gelder Männern und Frauen gleichermaßen zugute kommen. Wir setzen uns für einen verbindlichen Paritätsmechanismus für die Listen bei der Europawahl und für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern bei der Entscheidungsfindung in der EU ein, auch bei der Besetzung von Spitzenpositionen. Die EU-Kommission und der Rat brauchen spezielle Ressorts für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung.

UNSER KÖRPER, UNSERE RECHTE !

Wir kämpfen für die Ausweitung der reproduktiven Freiheit. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, einschließlich des Rechts auf sicheren Schwangerschaftsabbruch, sind Grundrechte. Sie gehören in die EU-Verträge – als Kernprinzipien und Zuständigkeiten der EU und in die unmittelbar geltende Charta der Grundrechte. Ein sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch muss in allen EU-Mitgliedstaaten verfügbar sein. Die Abtreibungsbehandlung ist eine wesentliche Gesundheitsdienstleistung.

Wir setzen uns gegen den verheerenden Rückschritt bei den reproduktiven Rechten in der ganzen Welt ein. Keine Frau darf dafür kriminalisiert werden, dass sie Abtreibungsdienste in Anspruch nimmt oder in Anspruch nehmen will. Frauen müssen Zugang zu medizinischen Schwangerschaftsabbrüchen haben. Als Grüne setzen wir uns für die Bereitstellung kostenloser, hochwertiger Verhütungsmittel für alle ein. Junge Menschen haben das Recht auf eine umfassende Sexualerziehung.



BEENDIGUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

Alle Frauen und Mädchen in ganz Europa, einschließlich derjenigen, die aufgrund ihrer Race, ihres Geschlechts, ihrer Geschlechtsidentität, ihres Alters, ihrer sexuellen Merkmale, ihrer sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung, ihrer Klasse oder ihres Migrationsstatus an den Rand gedrängt werden, haben das Recht, ein Leben frei von Gewalt zu führen. Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine brutale Menschenrechtsverletzung und ein Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse in unseren Gesellschaften.

Wir setzen uns weiterhin unermüdlich für eine umfassende EU-Gesetzgebung ein, die geschlechtsspezifische Gewalt online und offline in der gesamten EU verhindert, auf sie reagiert und sie beendet und sie aus einer intersektionellen und strukturellen Perspektive angeht. Die Grünen betonen die Rolle der Gemeinschaften bei der Schadensverhütung und der Stärkung der Rechte der Opfer durch spezialisierte Unterstützung, Zugang zur Justiz und Schutz der Opfer mit besonderem Augenmerk auf marginalisierte Gemeinschaften. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen die Istanbul-Konvention ratifizieren. Die EU muss geschlechtsspezifische Gewalt in die Liste der EU-Verbrechen aufnehmen.

STOLZ, RESPEKT UND GLEICHBERECHTIGUNG FÜR LGBTQIA+

Eine erneuerte LGBTQIA+-Gleichstellungsstrategie muss sicherstellen, dass trans-, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen auch im Rahmen des EU-Rechtsrahmens geschützt sind und Gesetzeslücken in den Bereichen Nichtdiskriminierung und Hassverbrechen geschlossen werden. Wir wollen die intersexuelle Genitalverstümmelung beenden. Wir setzen uns für die rechtliche Anerkennung des Geschlechts auf der Grundlage der Selbstbestimmung und den Zugang zu transspezifischer Gesundheitsversorgung ein. Die Europäische Union muss sich politisch für ein EU-weites Verbot der so genannten „Konversionstherapie“ und der Zwangssterilisation von Transgender-Menschen engagieren. Regenbogenfamilien und ihre Rechte müssen in der gesamten EU geschützt werden, einschließlich der vollen Anwendung der Freizügigkeit ohne Verlust von Rechten.

KAMPF GEGEN RASSISMUS UND AUSGRENZUNG

Rassismus in Europa ist nicht nur ein Problem individueller Haltungen, sondern eine strukturelle und systemische Herausforderung, die als solche angegangen werden muss. Rassengerechtigkeit muss in allen EU-Politiken verankert werden, und zwar auf der Grundlage einer sinnvollen Beteiligung aller ethnischen und rassifizierten Gemeinschaften, um sicherzustellen, dass ihre Lebenserfahrungen berücksichtigt werden.

Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus sind auf dem Vormarsch. Die EU muss ein sicheres Leben für alle bieten. Wir wollen die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften schützen und fordern ein Ende aller Formen von Diskriminierung.

Wir wollen sicherstellen, dass der EU-Aktionsplan gegen Rassismus umgesetzt wird, und auf seine Erneuerung bis 2025 hinarbeiten, mit angemessener Finanzierung und einem Beratungsgremium der Zivilgesellschaft. Nationale Aktionspläne müssen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sein.

Es ist ein demokratisches Problem, dass 96% der Mitglieder des Europäischen Parlaments weiß sind. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass Kandidat*innen aus rassifizierten Gemeinschaften auf wählbaren Plätzen kandidieren. Wir ermutigen aktiv rassifizierte Grüne und solche, die ethnischen Minderheiten angehören, für das Europäische Parlament zu kandidieren.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

JUNGE STIMMEN ZÄHLEN: MEHR RECHTE, MEHR VERTRETUNG

Wir kämpfen für das Wahlrecht ab 16 für alle Wahlen in Europa und das passive Wahlrecht ab 18, beginnend mit der Europawahl. Als Europäische Grüne setzen wir uns dafür ein, dass junge Kandidat*innen auf wählbaren Plätzen der Parteilisten stehen.

Die EU-Gesetzgebung muss sich für junge Menschen einsetzen. Die Europäische Union muss die Annahme eines internationalen Übereinkommens über die Rechte junger Menschen unterstützen. Konsultationsmethoden wie der jährliche Dialog mit Jugendorganisationen und die Jugend-Bürger-Agora müssen institutionalisiert werden, und die Folgenabschätzung von Rechtsvorschriften muss junge Menschen systematisch einbeziehen. Die EU-Fonds müssen Jugendorganisationen angemessen finanzieren.

NEIN ZU ALTERSDISKRIMINIERUNG

Das Alter darf kein Hindernis für ein erfülltes und aktives Leben sein. Dennoch werden ältere Menschen zu oft durch altersbedingte Diskriminierung und Ausgrenzung behindert. Ältere Menschen gehören zu den sozialen Gruppen, die am stärksten von Armut und digitaler Ausgrenzung bedroht sind. Als Grüne wollen wir uns gegen Altersdiskriminierung in der europäischen Politik einsetzen. Sehr alte Menschen stellen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe in Europa dar, und wir müssen uns darauf einstellen. Wir unterstützen Maßnahmen, die die Einbeziehung älterer Menschen und ihre Beteiligung an politischen Angelegenheiten fördern, wie den Beitritt zum Globalen Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden der WHO.

Wir fordern gerechte Renten für alle älteren Menschen in der EU. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Freizügigkeit für Menschen mit garantierter Einkommensrente, damit sie überall in der EU auf ihre Rente zugreifen können. Wir wollen armutsfeste Renten für alle Senior*innen in der EU ab dem Rentenalter. Gleichzeitig fördern wir Ansätze, die Übergangszeiten zwischen Lernen, Arbeiten, Familienpflege, Arbeitslosigkeit, Freizeit und Ruhestand in verschiedenen Lebensabschnitten ermöglichen.

Wir wollen starke Pflegedienste, die dem Wohlergehen von Menschen mit Pflegebedarf sowie ihren Familien und Gemeinschaften zugute kommen. Generationengerechtigkeit ist mehr als nur ein Konzept: Der Austausch zwischen den Generationen muss in unseren Bildungssystemen verankert werden, aber auch breiter in Gemeinschaftsaktivitäten.

FÜR EIN EUROPA, DAS ALLEN ZUGÄNLICH IST

In der Europäischen Union müssen Menschen mit Behinderungen in der Lage sein, in vollem Umfang am politischen, sozialen und öffentlichen Leben teilzunehmen, einschließlich der Beschäftigung. Wir setzen uns für eine wirksame Überwachung und Durchsetzung der europäischen Rechtsvorschriften zur Barrierefreiheit und für die Einführung eines EU-weit anerkannten Behindertenausweises ein. Die EU muss damit beginnen, nach Geschlecht, Alter und Art der Behinderung aufgeschlüsselte Daten zu erheben, um die Auswirkungen der EU-Politik zu bewerten und die Fortschritte bei der Integration von Menschen mit Behinderungen im Allgemeinen zu überwachen.

EINE UNION DER RECHTE UND FREIHEITEN: DER SCHUTZ DER RECHTE ALLER

Der Schutz der Rechte aller ist ein entscheidender Faktor im Kampf gegen die Rechtsextremisten*innen. Überall in Europa instrumentalisiert die extreme Rechte die Migration, um Angst und Feindseligkeit zu verbreiten. Sie will die Rechte und Freiheiten von Frauen und Menschen aus der LGBTQIA+-Gemeinschaft sowie von rassifizierten Menschen zurücksetzen. Wir kämpfen gegen diesen Rückschritt und treten entschlossen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ein.



WAHRUNG DER MENSCHENRECHTE DURCH EIN HUMANES ASYLSYSTEM

Wir setzen uns für ein gerechtes Asylsystem ein, das die Menschenrechte und die Menschenwürde schützt und auf Solidarität und gemeinsamer Verantwortung beruht. Wir sind überzeugt, dass die Europäische Union, wenn der politische Wille vorhanden ist, humanitäre Herausforderungen bewältigen und die Menschen, die Sicherheit suchen, mit Menschlichkeit schützen kann. Da wir die Grundprinzipien der Europäischen Union hochhalten, steht das Recht auf Asyl nicht zur Verhandlung.

Wir wollen auf ein humanes Asylsystem mit schnellen und dezentralen Verfahren hinarbeiten. Die Mitgliedstaaten müssen die Verantwortung für Asylanträge gerecht aufteilen. Für uns ist klar, dass wir einen verbindlichen Umsiedlungsmechanismus brauchen. Parteien quer durch das politische Spektrum lassen sich in Richtung rechtsextremer Migrationspolitik treiben, wie der neue Migrations- und Asylpakt der EU leider zeigt. Die erfolgreiche Anwendung der Massenzustrom-Richtlinie über vorübergehenden Schutz als Reaktion auf die durch den Krieg in der Ukraine verursachte Geflüchtetsituation muss wiederholt werden.

Wir fordern EU-Visa für Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen. Wir wollen Menschen, die aufgrund der Klimakrise und Umweltkatastrophen gewaltsam vertrieben wurden, rechtlichen Schutz bieten. Dazu gehören Klimavisa, die es Opfern von Naturkatastrophen ermöglichen, in der Europäischen Union Schutz und Sicherheit zu suchen, sowie die Unterstützung von Prozessen, die durch die Klimakrise verursachte Staatenlosigkeit verhindern. Wir müssen auf die besondere Schutzbedürftigkeit von LGBTQIA+-Asylbewerbern eingehen.

BEENDIGUNG DER KRIMINALISIERUNG VON MENSCHEN, DIE UNTERWEGS SIND

Die Eskalation der Gewalt gegen Schutzsuchende ist nicht hinnehmbar. Wir müssen Gewalt, Folter und unmenschliche und erniedrigende Behandlung an den europäischen Grenzen beenden. Illegale Rückweisungen an den Grenzen der EU müssen aufhören.

Die EU-Gesetze zur Harmonisierung der Standards für Asylverfahren, Aufnahmebedingungen und Schutzmaßnahmen müssen durchgesetzt werden. Wir können nicht akzeptieren, dass Menschen, die in der EU Schutz und ein besseres Leben suchen, inhaftiert, misshandelt und missbraucht werden.

RETTUNG IST KEIN VERBRECHEN

Wir fordern eine EU-finanzierte und EU-geführte Such- und Rettungsmission im Mittelmeer und eine Stärkung des humanitären Mandats und der Verantwortung von Frontex. Wir streben eine stärkere Kontrolle der Frontex-Agentur auch durch die nationalen Parlamente zusammen mit dem Europäischen Parlament an. Wir wollen die Kriminalisierung der humanitären Hilfe und die häufige Anwendung von Ausnahmeständen beenden, um den Zugang zu Asyl und das legitime Recht auf Kontrolle durch die Zivilgesellschaft und die Medien zu beschränken. Menschen gehören nicht ins Gefängnis, nur weil sie Asyl suchen. Asylbewerber*innen muss der Zugang zu rechtlicher Hilfe garantiert werden.

KEINE SCHMUTZIGEN GESCHÄFTE MIT DIKTATOR*INNEN

Wir lehnen sogenannte „Migrationsabkommen“ wie das mit Tunesien, bei dem die EU Länder dafür bezahlt, dass sie Migrierende fernhalten, entschieden ab. Jede Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration bedarf einer Menschenrechtsprüfung. Es ist unethisch, die Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern von einer „Migrationssteuerung“ abhängig zu machen. Wir können nicht akzeptieren, dass Geflüchtete und Migrierende zu geopolitischen Zwecken ausgebeutet werden. Menschenhandel darf niemals eine Waffe der hybriden Kriegsführung sein.



EINE FAIRE MIGRATIONSPOLITIK ZUM NUTZEN ALLER

Im Laufe der Geschichte sind die Menschen immer von Ort zu Ort gezogen. Migration ist so alt wie die Geschichte, und wir müssen zu diesem Pragmatismus zurückkehren. Migration kann allen zugutekommen. Sie kann dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel zu beheben, der heute zu den zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen zählt. Migrierende leisten einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Wirtschaft und bereichern unsere Kultur, unsere Gemeinschaften und unser tägliches Leben.

Die Schaffung legaler und zugänglicher Kanäle für die Migration ist eine notwendige Voraussetzung für die Beendigung von Menschenhandel und Ausbeutung. Wir wollen einen neuen, umfassenden Migrationskodex entwickeln, der Visamöglichkeiten für die Familienzusammenführung und Arbeit auf verschiedenen Qualifikationsniveaus vorsieht. Außerdem soll es Migrierenden, die sich bereits in der EU aufhalten, ermöglicht werden, ihren Status zu ändern, z. B. von Student*innen zu Arbeitnehmer*innen. Wir wollen Neuankommenden die Arbeit und die Integration erleichtern, indem wir ihnen Zugang zu Bildung, sprachlicher Unterstützung und Arbeitsmöglichkeiten verschaffen.

Um die Ausbeutung von Arbeitsmigrierenden zu verhindern, muss der Zugang zur Justiz in allen EU-Ländern gewährleistet sein. Wir fordern eine umfassende Kampagne zur Legalisierung von langfristig in den EU-Ländern lebenden „Sans-Papiers“. Menschen, die in die Europäische Union kommen, um sich ein Leben aufzubauen, müssen unabhängig von ihrem Status die gleichen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Rechte genießen, einschließlich der Freizügigkeit, des Rechts auf Arbeit und sozialen Schutz sowie des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und Bildung.

BEKÄMPFUNG VON MENSCHENHANDEL UND ARBEITSAUSBEUTUNG

Wir wollen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der EU bekämpfen. Wir wollen die Opfer schützen, zum Beispiel durch Schutzprogramme und Aufenthaltsrechte. Durch die Anerkennung der Universalität der Arbeitnehmer*innenrechte können wir wirksam gegen schwere Arbeitsausbeutung vorgehen, die zu Menschenhandel führen kann. Alle Arbeitnehmer*innen haben unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Rechte, die sie vor illegalem Arbeitsmissbrauch im Rahmen der EU-Opferrechte und der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels schützen. Diese Rechte müssen Wirklichkeit werden.

FÜR EINE FAIRE UND SICHERE DIGITALE WELT

Da die digitale Welt zu einem integralen Bestandteil unseres Lebens geworden ist, müssen die gleichen Freiheiten und der gleiche Schutz, die es offline gibt, auch im Online-Bereich gelten. Die Verbreitung von Hass im Internet zu verhindern ist der Schlüssel, um sicherzustellen, dass bestimmte Gruppen nicht von der politischen Arena ausgeschlossen werden. Die Bekämpfung von Desinformation ist eine wesentliche Voraussetzung für funktionierende und vertrauenswürdige demokratische Institutionen.

Die EU hat mit dem Digital Services Act Fortschritte im Kampf gegen Desinformation und bei der Regulierung von Online-Plattformen gemacht. Nun müssen seine Bestimmungen durchgesetzt werden. Online-Plattformen müssen legale Inhalte schützen und der öffentlichen Kontrolle und Transparenz bei der Entfernung illegaler Inhalte unterliegen.

Frauen und rassifizierte Menschen sind in unverhältnismäßig hohem Maße von Online-Hass betroffen. Das Internet muss frei von illegaler Hassrede und Diskriminierung sein. Die EU muss ihre Befugnisse nutzen, um besonders schädliche Äußerungen von Hass als EU-Delikte mit Mindestregeln für deren Definition und entsprechenden Sanktionen unter Strafe zu stellen. Wir



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

wollen Plattformen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Medieninitiativen unterstützen, die Medienkompetenz und Anti-Hass-Strategien fördern.

Die DSGVO schützt unser Recht auf Privatsphäre, auch vor staatlicher Überwachung. Wir setzen uns für das Recht ein, nicht verfolgt zu werden. Die EU muss im weltweiten Kampf gegen die Massenüberwachung eine Führungsrolle einnehmen. Eine angemessene EU-Gesetzgebung muss die Bürger vor dem Missbrauch von Spionageprogrammen schützen und die Mitgliedstaaten daran hindern, sich unter Berufung auf die nationale Sicherheit der Verantwortung zu entziehen.

DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ STELLEN

Künstliche Intelligenz birgt ein großes Potenzial, kann aber auch erhebliche Herausforderungen für die Gesellschaft mit sich bringen. Um etwaige Risiken zu bewältigen, wollen wir den Grundsatz umsetzen, dass der Mensch die Kontrolle über KI-Systeme behalten muss und dass diese Systeme die menschliche Autonomie, Würde und Entscheidungsbefugnis respektieren. Künstliche Intelligenz muss für die Menschen, die Gesellschaft und den Planeten arbeiten, nicht für Überwachungsstaaten oder den Tech-Kapitalismus.

Daher müssen strenge Grenzen durchgesetzt werden. Die unethischsten und undemokratischsten Praktiken in der EU, wie biometrische Massenüberwachung, KI-Systeme, die Emotionen, Geschlecht oder sexuelle Orientierung erkennen, und KI-basierte vorausschauende Polizeiarbeit, darf nicht zugelassen werden. Antidiskriminierungsgesetze und Datenschutzgesetze müssen gestärkt und durchgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass KI-Systeme rassifizierte Gemeinschaften nicht diskriminieren. Die Anstrengungen im Bereich der Cybersicherheit müssen verstärkt werden, um KI-basierte Hackerangriffe zu verhindern, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Schutz kritischer Infrastrukturen liegen muss. Die Entwicklung und Nutzung von KI-Systemen muss transparent sein. Anwendungen wie Deepfakes und Chatbots müssen klar als solche gekennzeichnet werden.

Wir wollen auch sicherstellen, dass KI den Green Deal mit wichtigen Umweltbestimmungen fördert und nicht behindert. Am Arbeitsplatz müssen Arbeitnehmer*innen stets die Möglichkeit haben, sich von KI-Systemen abzukoppeln. Die Urheberrechtvorschriften müssen im Zusammenhang mit KI-Modellen ordnungsgemäß durchgesetzt werden, um die Urheber*innen von Inhalten umfassend zu schützen. Wir unterstützen das Konzept der „Datenwürde“, was bedeutet, dass Daten, die durch menschliche Handlungen erzeugt wurden, nicht kostenlos von kommerziellen KI-Entwickler*innen abgegriffen werden können, sondern in erster Linie den Menschen gehören, die sie erzeugt haben.

FÜR EINEN STARKEN UND DYNAMISCHEN BÜRGERLICHEN RAUM

Die Organisationen der Zivilgesellschaft (OZG) sind das Herzstück jeder Demokratie. Deshalb wollen wir sie stark und wirklich europäisch machen. Wir fordern einen EU-Mechanismus zum Schutz der Zivilgesellschaft von Aktivist*innen und Verteidiger*innen vor allen Formen von Angriffen, Diskriminierung und Belästigungen. Ein EU-Mechanismus muss es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen, diese Angriffe zu melden, auch über ein Frühwarnsystem. Außerdem muss eine angemessene Finanzierung sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene gewährleistet sein.

Maßnahmen zur Unterstützung eines regelmäßigen, sinnvollen und strukturierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft während des Gesetzgebungsverfahrens sind unerlässlich. Wir wollen ein Statut für europäische, grenzüberschreitende Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen einführen. Wir setzen uns für einen zivilen Dialog auf EU-Ebene nach dem Vorbild des sozialen Dialogs zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und EU-Institutionen ein.



Freie und unabhängige Medien für Europa

Die Medienkonzentration hat ein alarmierendes Ausmaß erreicht und bedroht die redaktionelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Der Schutz journalistischer Quellen wird durch umfassende Anti-Terror-Gesetze und weitreichende Massenüberwachungsmaßnahmen erschwert.

Verleumdungsklagen und missbräuchliche Gerichtsverfahren sind zu wichtigen Methoden geworden, um investigative Journalist*innen zu knebeln.

Wir brauchen einen EU-Rahmen, um Medienkonzentration zu verhindern und Journalist*innen die Möglichkeit zum freien Arbeiten zu geben. Investigativer Journalismus benötigt besondere Schutzmaßnahmen. Freier und unabhängiger Journalismus darf nie eine Frage der notwendigen Finanzen sein. Wir wollen die Anwendung des EU-Rechts, insbesondere der EU-Gesetze zum Urheberrecht, zu Geschäftsgeheimnissen, zur Datenschutzverordnung und zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste genau überwachen, um sicherzustellen, dass sie nicht missbraucht werden. Wir setzen uns für die ordnungsgemäße Umsetzung des künftigen Medienfreiheitsgesetzes und der Anti-SLAPPs-Richtlinie (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) ein.

Wir unterstützen die Entstehung paneuropäischer Medien und qualitativ hochwertiger Inhalte zu europäischen Themen, europäischer Staatsbürgerschaft und europäischer Identität als Kernelemente eines gemeinsamen europäischen Bürger*innen- und Informationsraums, der mit EU-Mythen aufräumt und ein Gefühl der europäischen Zugehörigkeit schafft.

KULTUR ALS IMPULSGEBER FÜR VERÄNDERUNG

Kunst und Kultur gehören zu den mächtigsten Instrumenten der Gesellschaft, um Geschichten zu erzählen, Meinungen zu ändern und Solidarität aufzubauen. Unser reiches kulturelles Erbe und unsere vielfältige und lebendige Kunstszene sind zentrale Merkmale dessen, was Europa eint und es einzigartig und attraktiv macht. Als Grüne glauben wir an den Wert des künstlerischen Ausdrucks an und für sich und als wesentlichen Bestandteil unserer Demokratie. Wir glauben auch, dass die Welt der Kultur und Kreativität eine wichtige politische Rolle spielen kann, wenn es darum geht, Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Wir wollen die Freiheit des kulturellen Ausdrucks durch öffentliche Mittel unterstützen und sie gegen Angriffe rechtsextremer Kräfte verteidigen.

Die Fähigkeit, gemeinsam zu produzieren, ist ein wirklich transformativer Aspekt des Programms Kreatives Europa. Die fortgesetzte Unterstützung der Produktion und Verbreitung von Kunst und Kultur in ganz Europa, insbesondere die Förderung von Experimenten und der Vielfalt von Ausdrucks- und Organisationsformen, ist von wesentlicher Bedeutung.

Wir drängen auf eine EU-Strategie, um den Kultursektor in unseren Grünen und Sozialen Deal und in jeden konstituierenden Prozess zur Zukunft Europas einzubinden. Kulturdiplomatie und -austausch müssen Teil des Beitrittsprozesses für alle Länder sein, die der EU beitreten wollen.

Als Lehre aus der Pandemie fordern wir gemeinsame europäische Standards für Beschäftigung, soziale Garantien und Arbeitsbedingungen in der Kultur- und Kreativbranche. Wir wollen einen europäischen Künstlerstatus einführen, der einen gemeinsamen Rahmen schafft, um gute Arbeitsbedingungen und Mindeststandards für Künstler*innen und Kulturschaffende in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, insbesondere in Bezug auf Streaming-Plattformen.

SCHENGEN VERTEIDIGEN, DEN FREIEN PERSONENVERKEHR GENIEßEN

Der freie Personenverkehr – das Recht der Menschen, frei und ungehindert in der Europäischen Union zu reisen und sich zu bewegen – hat das Leben der EU-Bürger*innen beeinflusst und geprägt wie keine andere Errungenschaft. Millionen von Menschen haben ihr Leben und ihre Beziehungen in



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

einem anderen EU-Land als ihrem eigenen aufgebaut, und Millionen weitere überqueren regelmäßig Landesgrenzen, um berufliche Chancen zu ergreifen oder ihre Freizeit zu verbringen.

Wie uns die Grenzkontrollen während der Pandemie in Erinnerung gerufen haben, liegen die Tage des Wartens an der Grenze glücklicherweise hinter uns. Wir wollen, dass das so bleibt. Die europäischen Institutionen müssen handeln, um die ständige Wiedereinführung und die unrechtmäßig unbegrenzte Beibehaltung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum rückgängig zu machen, insbesondere unter dem Vorwand der Migration. Als EU-Mitglieder, die alle Voraussetzungen für die Schengen-Mitgliedschaft erfüllt haben, müssen Bulgarien und Rumänien willkommen geheißen werden, damit ihre Bürger*innen ihre vollen Rechte als EU-Bürger*innen genießen können.

POLIZEIARBEIT OHNE VORURTEILE

In der Europäischen Union steht niemand über dem Gesetz, auch nicht die Polizei und die Sicherheitsbehörden. Dieser zentrale Grundsatz, der die Grundrechte aller Menschen schützt, wird regelmäßig untergraben, was sich allzu oft in Fällen von Polizeibrutalität zeigt.

Um die Rechte von rassifizierten Gruppen zu schützen, die unverhältnismäßig stark von Polizeigewalt und Profiling bedroht sind, muss die EU-Anti-Rassismusrichtlinie aktualisiert werden, um Polizeigewalt und institutionelle Gewalt ausdrücklich zu erfassen. Da das Recht auf Protest zunehmend bedroht ist, verteidigen wir das Recht auf Versammlung und friedliche Demonstrationen im Einklang mit internationalem und europäischem Recht.

EIN EUROPÄISCHER KAMPF GEGEN DAS ORGANISIERTE VERBRECHEN

Das organisierte Verbrechen schadet unseren Demokratien, gefährdet Menschenleben und zerstört das lokale Umfeld. Da das organisierte Verbrechen länderübergreifend ist, kann es nur durch europäische Zusammenarbeit bekämpft werden. Wir unterstützen Maßnahmen, die den Austausch und den Informationsfluss zwischen den europäischen Polizei- und Nachrichtendiensten verbessern, und würden ein europaweites Austauschprogramm für Polizeibeamt*innen einrichten.



KAPITEL III: MUT ZUR VERANTWORTUNG – AUFBAU EINER UNION FÜR SICHERHEIT, FRIEDEN UND GLOBALE GERECHTIGKEIT

Vier Monate nach Beginn der Kämpfe verließ Yulia ihren Bauernhof. Die Ernte war immer die beste Zeit des Jahres gewesen, aber dieses Jahr war es zu gefährlich. Das Getreide konnte sowieso nirgendwo hin.

Die russische Blockade war für Yulia eine Tragödie, ebenso wie für die Millionen Menschen, die von ukrainischen Nahrungsmittelexporten in die ganze Welt abhängig sind. So wie die ukrainische Wirtschaft über Jahrhunderte hinweg von den russischen Bedürfnissen geprägt wurde, führen ungerechter Handel und die Nachwirkungen des Kolonialismus dazu, dass ganze Regionen nicht ihren eigenen Nahrungsmittelbedarf decken. Hitzewellen und Dürreperioden verschlimmern diese schlechte Situation noch.

Wir brauchen eine globale, gerechte Transformation, denn unsere Zukunft ist die Zukunft aller und die Zukunft aller ist unsere Zukunft. Frieden, Wohlstand und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand. Die Welt kann das eine nicht haben, wenn sie das andere ignoriert.

Unsicherheit und Konflikte nehmen zu, von Kriegen bis hin zu Völkermordversuchen, während autokratische Regime die demokratischen Werte und den internationalen Dialog gefährden.

Die groß angelegte russische Invasion der Ukraine stellte einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Kontinents und der Welt dar. Sie verstößt gegen die Regeln des Völkerrechts, des Friedens und der Sicherheit.

Als Grüne stehen wir fest zu unserer ungeteilten Solidarität mit und Unterstützung für die Ukraine und zur weiteren finanziellen und militärischen Unterstützung. Der Kampf des ukrainischen Volkes für Freiheit, Frieden und den Beitritt zur Europäischen Union ist unser Kampf.

Nicht nur die Ukraine ist betroffen. Weltweit sind Frieden und Sicherheit bedroht. Im Nahen Osten, im Kaukasus, in der Sahelzone und in Zentralafrika wüten schmerzhaft Konflikte.

Wachsende Spannungen und schrumpfender Raum für Demokratie und Zivilgesellschaft bedrohen die Integrität des internationalen Systems und die Hoffnung auf eine bessere Welt. Die Abhängigkeit Europas von autoritären Regimen hat uns zu lange für diese Realität blind gemacht.

Die sich beschleunigende Klimakrise, Naturkatastrophen und der Wettlauf um Ressourcen stehen neben der globalen Ungleichheit, die nach wie vor in Wirtschaftsbeziehungen, Handelsabkommen und multilateralen Institutionen verankert ist. Der Kolonialismus und sein Erbe sind immer noch präsent.

Wir glauben, dass die Europäische Union in der heutigen Welt ein starker Akteur sein muss. Die EU ist und war immer ein Friedensprojekt. Wir müssen in der Lage sein, sowohl für die Sicherheit der EU als auch für den Frieden und die universellen Werte in unserer Nachbarschaft und in der Welt einzutreten.

Menschenrechte und wirtschaftlicher Wohlstand dürfen kein Luxus für die Reichsten der Welt sein. Globale Gerechtigkeit, gute Regierungsführung und demokratische Normen und Institutionen tragen zum Gedeihen eines Landes bei. Sie sind unerlässlich für eine sichere, kooperative und friedliche Welt.

Eine globale, gerechte Transformation, von der alle Länder und Regionen profitieren können, ist der Schlüssel zu dieser Zukunft.



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

Unsere Antwort beginnt damit, dass die EU in geopolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht mehr Sicherheit erreicht und international geschlossen auftritt. Für die EU hängt unsere Sicherheit auch von unserer Unterstützung für die Ukraine ab.

Wir wollen Werte, Frieden und Versöhnung zu Prioritäten der internationalen Politik der EU machen und durch menschliche Sicherheit, Diplomatie und Konfliktverhütung eine stabilere Welt schaffen. Die EU muss bereit sein, mit allen Freund*innen des Friedens, der Menschenrechte und des Multilateralismus zusammenzuarbeiten, um diese Ziele zu erreichen.

Wir haben den Mut, die EU zu einer Kraft für eine andere, gerechtere Welt zu machen.

Europas Grüne Transformation ist sowohl ein geopolitisches Instrument als auch eine globale Verantwortung. Klimadiplomatie und Zusammenarbeit bei grünen Technologien und Investitionen sind der Schlüssel dazu, wie wir mit der Welt umgehen.

Wir kämpfen für globale Gerechtigkeit. Die EU kann ungerechte Handelsregeln umschreiben, um die Welt fairer und gleicher zu machen. Alle Länder müssen an der neuen, dekarbonisierten Weltwirtschaft beteiligt sein.

Eine sichere und friedliche Welt, in der Europa mit seinen Partner*innen zusammenarbeitet, um die Menschen und den Planeten vor Krieg und Ausbeutung zu schützen.

Dies ist die Zukunft, die wir wollen und die Europa mitgestalten kann.



EINE UNION FÜR FRIEDEN, ZUSAMMENARBEIT UND MENSCHENRECHTE

Die Sicherheitspolitik steht im Zentrum der EU-Agenda, und das wird so bleiben. Als Grüne sind wir davon überzeugt, dass die EU ein Umdenken und einen klaren Handlungswillen braucht.

Es ist an der Zeit, den Multilateralismus und eine wertebasierte Außenpolitik wiederzubeleben. Die Europäische Union ist durch Integration, Teilen und Verbinden stark geworden – nicht durch Abkopplung oder den Bau von Mauern. Was wir mit dem europäischen Projekt angestrebt haben, muss auch unsere internationalen Beziehungen leiten. Wir müssen mit unseren Partner*innen solidarisch sein und ein erweitertes Netz von Beziehungen und strategischen Partnerschaften knüpfen, um in einer immer komplexeren und vernetzteren Welt zusammenzuarbeiten.

Die Grüne Transformation war immer auch eine Frage der Sicherheit. Mit mehr Kontrolle über unser Energiesystem, entscheidenden Technologien und lebenswichtigen Versorgungsketten kann die EU einen größeren Einfluss in der Außenpolitik und auf eine global gerechte Transformation ausüben. Es ist eine Chance für die EU, ein effektiverer Akteur an der Seite ihrer Partner*innen und multilateralen Institutionen zu werden und Frieden und Sicherheit sowie universelle Werte, die Ziele für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie in der ganzen Welt zu fördern.

ZUSAMMENARBEIT AUF DER GRUNDLAGE UNIVERSELLER WERTE UND GRUNDSÄTZE

Die EU muss der Zusammenarbeit und dem Aufbau von Bündnissen mit demokratischen Partner*innen Vorrang einräumen, um die Menschenrechte, die universellen Werte und eine auf Regeln basierende internationale Ordnung zu verteidigen. Wir müssen mit unseren Verbündeten und gleichgesinnten Partner*innen handeln, wo immer dies möglich ist, und gleichzeitig die Fähigkeit bewahren, bei Bedarf unabhängig zu handeln.

Als Grüne stellen wir uns eine Europäische Union vor, die eng mit Demokratien und gleichgesinnten Partner*innen zusammenarbeitet, um Aggressor*innen weltweit die Stirn zu bieten und neue Verbindungen für eine multilaterale Zusammenarbeit außerhalb des globalen Nordens zu schaffen. Die EU muss bereit sein, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die sich dem Frieden, den Menschenrechten, dem Multilateralismus und dem Völkerrecht verpflichtet fühlen.

MULTILATERALISMUS UND ZUSAMMENARBEIT FÜR GLOBALE SICHERHEIT

Frieden und Freiheit werden durch einen wertebasierten und fairen Umgang mit unseren Partner*innen geschaffen. Wir glauben an internationale Solidarität und Multilateralismus. Die Vereinten Nationen stehen für unsere gemeinsamen globalen Werte, und wir wollen sie gegen Angriffe verteidigen und uns für Reformen einsetzen, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit zu verbessern.

In diesen schwierigen Zeiten muss die EU aktiv nach allen Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit suchen und alle Kooperationsmöglichkeiten nutzen, um den Frieden zu erhalten, auch innerhalb der OSZE. Das multilaterale System muss durch eine faire Vertretung des Globalen Südens gestärkt werden, zum Beispiel im UN-Sicherheitsrat und in internationalen Finanzinstitutionen. Wir setzen uns für eine Reform des UN-Systems, insbesondere des UN-Sicherheitsrates, ein, um eine faire und angemessene Vertretung aller Weltregionen zu gewährleisten und regionalen Organisationen wie der EU die Vollmitgliedschaft zu ermöglichen. Das Vetorecht im Sicherheitsrat muss abgeschafft werden, um die internationale Entscheidungsfindung zu fördern und von einem hegemonialen System wegzukommen.

Globale Sicherheit kann nur durch die Wahrung, Förderung und Weiterentwicklung des internationalen Rechts erreicht werden. Als Grüne wollen wir dafür sorgen, dass die EU ihren internationalen Einfluss nutzt, um Länder wie die Vereinigten Staaten zu motivieren, dem Römischen



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

Statut und dem Internationalen Strafgerichtshof beizutreten. So soll sichergestellt werden, dass die Menschenrechte weltweit geschützt werden.

Die Europäische Union muss für die internationalen Menschenrechte und den Schutz des humanitären Völkerrechts eintreten. Es liegt also in unserer gemeinsamen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass kein Kriegsverbrechen und keine Menschenrechtsverletzung ungestraft bleibt. Dieses Engagement ist der beste Weg zu einem Multilateralismus, der auf der Stärke des Völkerrechts und nicht auf dem Prinzip „Macht ist Recht“ beruht.

Zu einem multilateralen Ansatz gehört für die EU auch die Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der NATO, wobei eine klare Kompetenzabgrenzung zu beachten ist und keine Präzedenzfälle geschaffen werden dürfen. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst über ihre NATO-Mitgliedschaft. Die EU hat die kollektive Pflicht, ihre Sicherheit vor den Handlungen externer Akteure zu schützen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die EU ihr Engagement in dem sich rasch verändernden geopolitischen Umfeld frei bestimmen kann.

EIN NEUER FRIEDENSVERTRAG FÜR EUROPA

Angesichts zunehmender Konflikte in der ganzen Welt, auch in der europäischen Nachbarschaft, muss die EU mit internationalen Partner*innen zusammenarbeiten, um Frieden zu schaffen und die Gefahr von Konflikten zu verringern. Wir wollen einen transformatorischen Ansatz verfolgen, um die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen und die zivile Konfliktprävention, die Mediation und die Versöhnung sowie das Krisenmanagement über die Grenzen hinweg zu stärken, einschließlich Friedenskonsolidierung, Friedenserhaltung und -durchsetzung.

Bei der Verknüpfung von Klima und Sicherheit geht es um mehr als nur um die Stabilität der EU selbst. Klima- und Umweltinitiativen sowie Bemühungen zur Stärkung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen sind für die Schaffung von Frieden und Sicherheit durch Entwicklung von wesentlicher Bedeutung. Ihre Finanzierung muss im Einklang mit einer Erhöhung der Militärausgaben steigen.

Militärische Interventionen dürfen immer nur das letzte Mittel sein. Sie müssen auf langfristigen politischen Strategien beruhen, mit dem Völkerrecht vereinbar sein und der entsprechenden parlamentarischen Zustimmung und Kontrolle unterliegen. Wir unterstützen die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsunion innerhalb bestehender Strukturen, die auf diesen Grundsätzen beruhen.

In Bezug auf den Nahostkonflikt drängen wir darauf, dass die EU die politischen Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung auf der Grundlage sicherer und vereinbarter Grenzen wieder aufnimmt. Ein dauerhafter Frieden in der Region erfordert Verhandlungsergebnisse, die sowohl das Recht Israels als auch Palästinas auf Existenz als demokratische und souveräne Staaten und das Recht des palästinensischen Volkes auf eine eigene Heimat respektieren. Wir fordern eine umfassende Rechenschaftspflicht durch unabhängige Untersuchungen aller möglichen Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien. Wir fordern die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs und des Internationalen Gerichtshofs zu unterstützen.

Zypern leidet nach der türkischen Invasion von 1974 immer noch unter der militärischen Besatzung. Die geografische Trennung der Zypriot*innen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihrer Religion verstößt gegen die europäischen Grundfreiheiten und Menschenrechte. Wir fordern die Wiederaufnahme von Gesprächen über eine Lösung der Zypernfrage unter der Schirmherrschaft der UNO.



EINE EUROPÄISCHE SICHERHEITSUNION

Da kein Land Sicherheitsbedrohungen allein bewältigen kann, muss die EU eine Sicherheitsunion aufbauen, die die menschliche Sicherheit und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dieser Ansatz ist unerlässlich, um die Menschenrechte zu schützen, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen und zu erhalten.

Bei der Sicherheit geht es um starke Zivilgesellschaften, die globale gerechte Transformation und langfristige Präventionsstrategien und nicht nur um Verteidigung. Unser Handlungshorizont ist nicht nur kurz-, sondern langfristig, nicht nur konventionelle Konflikte, sondern hybride Bedrohungen sind unsere Ziele, nicht nur Staaten, sondern auch Zivilgesellschaften. Wir setzen uns für einen starken Europäischen Auswärtigen Dienst als Kraft für eine wirklich transnationale Diplomatie ein, die Straflosigkeit bekämpfen und Versöhnung und dauerhaften Frieden schaffen kann.

Innerhalb der Europäischen Union fordern wir eine glaubwürdige Politik der Solidarität und des gegenseitigen Beistands im Einklang mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union. Dies bedeutet eine Zusammenarbeit bei den militärischen Fähigkeiten und der Schaffung von Synergien, zum Beispiel durch die Förderung der Interoperabilität und die Koordinierung von Beschaffungs-, Wartungs- und Versorgungssystemen. Der zunehmenden Bedrohung durch Desinformation und Einmischung in souveräne Demokratien muss durch Anstrengungen im Bereich der Cybersicherheit begegnet werden.

NICHT MEHR AUF AUTORITÄRE REGIME SETZEN

Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Zu lange waren die Europäische Union und ihre Mitglieder selbstgefällig, was die wirtschaftliche Abhängigkeit von autoritären Regimen angeht. Eingelullt von fossilen Brennstoffen ignorierte die EU den zunehmenden Autoritarismus und die Menschenrechtsverletzungen Putins sowie die Bedrohung, die sein Regime für die internationale Sicherheit darstellt. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass Europa nicht noch einmal denselben Fehler mit anderen kriegslüsternen Regimen in der Welt begeht.

Wir erkennen die Bedrohung an, die von China gegenüber Taiwan ausgeht und die den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährdet. Wir plädieren für eine aktive, klarsichtige und gemeinsame EU-Politik gegenüber China. Die EU muss eine solide Menschenrechtspolitik umsetzen, die damit beginnt, dass wir unsere Lieferketten risikoärmer gestalten und unsere Selbstversorgung in einer Welt mit zunehmender klimatischer Instabilität und politischen Spannungen verbessern, wobei wir anerkennen, dass gegenseitige Abhängigkeit ein Schlüsselfaktor für ein friedliches internationales System und eine globale gerechte Transformation ist.

KAMPF FÜR GLOBALE MENSCHENRECHTE

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind von entscheidender Bedeutung für Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung sowie die Bekämpfung von Korruption und Diskriminierung. Sie sind die natürlichen Verbündeten der EU, die die Welt zum Besseren verändern können. Allerdings sind die Menschenrechte in der Welt allzu oft nicht sicher. Auf der ganzen Welt werden Umweltschützer*innen, Enthüllungsjournalist*innen, Frauen, Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft, Verteidiger*innen von Landrechten und Rechten indigener Völker, Gewerkschafter*innen und fortschrittliche Politiker*innen eingeschüchtert, Verleumdungskampagnen ausgesetzt, aufgrund erfundener Anschuldigungen inhaftiert und in den schlimmsten Fällen sogar ermordet.

Als Grüne wollen wir die EU-Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger*innen vollständig umsetzen und einen leichteren Zugang zu Visa ermöglichen. Wir wollen, dass die EU die Zivilgesellschaft



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROPAWAHLPROGRAMM 2024

generell stärker unterstützt, zum Beispiel durch nachhaltige Finanzierung. Transnationale Unterdrückung durch autoritäre Regime muss eine Priorität für den Menschenrechtsschutz sein.

KEIN FRIEDEN OHNE FRAUEN: FÜR EINE FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK

Frauen und marginalisierte Gruppen haben in der ganzen Welt nach wie vor nur begrenzten Zugang zu Macht. Eine feministische Außenpolitik soll die Gleichstellung der Geschlechter und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt unserer Außen- und Sicherheitspolitik stellen. Die Gesellschaften werden friedlicher und wohlhabender sein, wenn alle Menschen gleichberechtigt am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben.

Als Grüne setzen wir uns für eine feministische Außenpolitik auf EU-Ebene ein, die intersektionale Strategien umsetzt. Wir müssen die politische und staatsbürgerliche Beteiligung von Mädchen, Frauen und marginalisierten Gruppen sowie eine integrative, qualitativ hochwertige Bildung für Mädchen und junge Frauen sicherstellen. Wir müssen die Mitwirkung von Mädchen, Frauen und Randgruppen in der Wirtschaft als zentrales außenpolitisches Ziel fördern. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung lokaler feministischer Organisationen.

KEINE WAFFENEXPORTE AN DIKTATOR*INNEN UND AUTORITÄRE REGIME

Die weltweiten Rüstungsausgaben sind höher denn je und haben seit 2015 jedes Jahr zugenommen. Wir setzen uns für nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung ein, einschließlich eines Verbots autonomer tödlicher Waffen und der Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrags und der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Wir setzen uns für die Umsetzung des Chemiewaffenübereinkommens ein. Wir fordern eine Rüstungsexportpolitik auf EU-Ebene, die Waffenexporte an autoritäre Regime, Diktaturen und Menschenrechtsverletzer*innen verbietet und gleichzeitig Länder unterstützt, die sich gegen Aggressor*innen verteidigen. Es müssen umfassende Kontrollmechanismen für Waffenexporte an alle Partner*innen eingeführt werden.

GERECHTIGKEIT UND ENTWICKLUNG DURCH DEN GLOBALEN GRÜNEN DEAL

Die Europäische Union muss ihren Einfluss, ihre Macht und ihre Ressourcen nutzen, um globale Gerechtigkeit zu schaffen und einen Globalen Grünen Deal zu ermöglichen. Die sich beschleunigende Klimakrise untergräbt Frieden und Wohlstand auf der ganzen Welt. Die Zukunft des Klimas hängt davon ab, dass jedes Land der Welt Maßnahmen ergreift und fossile Brennstoffe abschafft.

Seit Jahrhunderten beuten wir den globalen Süden aus und behindern die Entwicklung, indem wir wirtschaftliche Strukturen aufzwingen und Menschen, Land und Ressourcen ausbeuten. Globale Gerechtigkeit, in Taten und nicht nur in Worten, ist eine ethische Verantwortung, aber auch eine geopolitische Notwendigkeit.

Unsere Vorschläge kombinieren internationale Partnerschaften und Handelsreformen mit internationaler Zusammenarbeit zu gleichen Bedingungen und humanitären Initiativen. Sie wurzeln in unserem Engagement für globale Gerechtigkeit und den Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie in unserem Bewusstsein für das anhaltende Erbe des Kolonialismus.

UNSERE VERANTWORTUNG DURCH KLIMADIPLOMATIE ANERKENNEN

Wir wollen, dass die Klimadiplomatie einen zentralen Platz in den Beziehungen der EU zu ihren globalen Partnern einnimmt. Die EU muss die Rolle der europäischen Länder anerkennen, die dazu beigetragen haben, dass der globale Süden in der Klimakrise an vorderster Front steht. Wie im Pariser Abkommen festgelegt, muss die EU ihren Verpflichtungen zur Bereitstellung internationaler Klimafinanzierung für Klimaschutz und Anpassung entsprechend ihrem fairen Anteil nachkommen und mehrjährige Zusagen für den neuen Loss and Damage Fund machen. Die EU kann eine



EUROPÄISCHE GRÜNE PARTEI – EUROWAHLPROGRAMM 2024

Vorreiterrolle übernehmen, indem sie ehrgeizige Klimakoalitionen für Investitionen, sektorale und technologische Prioritäten zur Dekarbonisierung aufbaut.

Wir setzen uns für eine kohärente Politik in allen internen Politikbereichen ein, um ihre globalen Auswirkungen zu reflektieren und zu prüfen, wie sie zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen und negative Auswirkungen auf die Fähigkeit von Drittländern, diese zu erreichen, vermeiden. Als Grüne gehen wir über das Do-no-harm-Prinzip hinaus. Wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel, um uns mit Partner*innen zusammenzutun, um gemeinsam das Leben der Menschen zum Besseren zu verändern und der Klimakrise, dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Umweltzerstörung entgegenzuwirken. Wir wollen uns weiterhin für die internationale Anerkennung des Ökozids als Verbrechen einsetzen.

GREEN-DEAL-PARTNERSCHAFTEN FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

Wir wollen, dass die EU Green-Deal-Partnerschaften mit Ländern, Regionen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft eingeht, um den notwendigen Global Green Deal mit Investitionen, Zugang zu Technologie und Fachwissen zu unterstützen. Wir wollen, dass die EU die technologische Entwicklung und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der dekarbonisierten Welt mitgestaltet und teilt, unter anderem durch die Erleichterung des Technologietransfers in den globalen Süden.

Initiativen wie das Global Gateway und die Just Energy Transition Partnerships müssen zu wichtigen Instrumenten werden, um mit Partner*innen und Regionen grüne und widerstandsfähige Entwicklungspfade zu eröffnen. Die EU muss bestrebt sein, weltweit ebenso viele Investitionen in die Grüne Transformation freizusetzen, wie sie in der EU tätigt.

FÜR RESSOURCENGERECHTIGKEIT, GEGEN EXTRAKTIVISMUS

Länder auf der ganzen Welt müssen davon profitieren, damit die Grüne Transformation nicht zu einem Wettlauf wird, der den globalen Süden ausschließt. Gleichzeitig kann der unmittelbare Bedarf der EU an Metallen und anderen Ressourcen nicht ohne Zugang zu neuen Materialien gedeckt werden. Die EU muss daher ihre Transformation zu einer vollständig kreislauforientierten Wirtschaft beschleunigen, um Materialien so lange wie möglich wiederzuverwenden und ehrgeizige Ziele zur Ressourcenreduzierung zu erreichen. Darüber hinaus muss sie ressourcenreiche Länder in die Lage versetzen, Rohstoffe zu gewinnen, zu verarbeiten und zu recyceln und dabei einen „People and Planet“-Ansatz verfolgen, der die Rechte der Gemeinschaften, insbesondere die der indigenen Völker, der Natur und der biologischen Vielfalt schützt.

Der globale Süden muss unterstützt werden, damit der Abbau unter den gleichen Bedingungen wie in der EU erfolgen kann. Der Ressourcenbedarf der EU darf weder die bestehenden Ungleichheiten noch die Klima- und Umweltgerechtigkeit weiter verschärfen. Unser Suffizienz-Ansatz, der durch Reduktions- und Recyclingziele innerhalb der EU unterstützt wird, trägt dazu bei, die enormen Auswirkungen des globalen Bergbausektors in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und Klima zu minimieren.

Ressourcengerechtigkeit bedeutet auch, dass wir unsere Abfälle nicht mehr in Ländern des globalen Südens deponieren dürfen. Daher ist es wichtig, auf EU-Ebene klare Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft festzulegen, z.B. für Kunststoffe und Textilien, um die Einstufung von Abfällen als Gebrauchsgüter zu vermeiden. Dieser Schritt würde auch die Entwicklung von Recyclingaktivitäten, -fähigkeiten und -kapazitäten in der EU fördern. Wir fordern eine gemeinsame Beschaffungsstrategie und Zusammenarbeit für seltene Erdvorkommen. Die Verwendung solcher Elemente muss vorrangig in den Branchen erfolgen, die für die ökologische Transformation am wichtigsten sind.